# Ostland

## Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

**Mitbegründer: Dr. Franz Lüdtke. Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30.**

**Erscheint** monatlich zweimal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährlich 0.90 M. **Einzelnummer** 20 Pf. und 5 Pf. Postgebühr.
**Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 4 gespaltenen Zeile 45 Pf.

**Nr. 4.** | **Berlin, 15. Februar 1935.** | **16. Jahrg.**



# Gottlieb schreibt über Polen.

Ende vorigen Jahres ist in deutscher Sprache ein neues Buch über Polen erschienen, das die Beachtung der für die wissenschaftliche Sauberkeit des deutschen Büchermarktes verantwortlichen Stellen verdient. Es handelt sich um das im Verlag Moritz Perles in Wien-Leipzig herausgekommene Buch von Albert Gottlieb: „Polen. Wanderungen eines Europäers." Über den Verlag und den Verfasser muß einiges zum besseren Verständnis dieses angeblich wissenschaftlichen Werkes vorausgeschickt werden. Moritz Perles — das ist derselbe jüdische Verlag, der im Jahre 1919 die berüchtigte „Nationalitätenkarte" des damals noch in der österreichischen Eisenbahnverwaltung tätigen polnischen Ingenieurs **Jakob Spett** herausgebracht hat, jene Karte, die in einer ebenso geschickt aufgemachten wie gründlich verlogenen Form die sprachlichen Verhältnisse in den preußischen Ostprovinzen dargestellt und einen nicht geringen Einfluß auf die Festsetzung der polnischen Grenzen durch die Versailler Friedensmacher ausgeübt hat. Mit Erfolg hat sich der Verlag damals bemüht, diese polnische Propagandakarte als ein deutsches Erzeugnis hinzustellen, durch das die territorialen Forderungen Roman Dmowskis „gerechtfertigt" werden. Ein ähnlicher Täuschungsversuch wird auch bei dem vorliegenden Polenbuch unternommen, dessen Verfasser sich als Deutscher ausgibt, der es liebt, in bezug auf Deutschland in der Wir-Form zu sprechen und den auch der polnische Professor der Kulturgeschichte an der Universität Lemberg, Dr. Stanislaw Lempicki, in seinem Geleitwort mit starker Betonung als einen „echten Deutschen" bezeichnet. In Wirklichkeit handelt es sich bei diesem Albert Gottlieb um einen Lemberger Juden („Gottlieb" ist als jüdischer Familienname in der Lemberger und Stanislauer Gegend nicht selten). Bemerkenswert ist, daß sich der hier in Frage stehende Vertreter dieser jüdischen Sippe offenbar erst bei der Abfassung des vorliegenden Buches aus Zweckmäßigkeitsgründen den Vornamen Albert zugelegt hat, während er von früheren, polnischsprachigen Veröffentlichungen her als Wojciech Gottlieb bekannt ist (in einem Warschauer Verlage ist erst 1934 eine Schrift von ihm unter dem Titel „Socjologniczne podstawy wychowania" erschienen). Man kann die geflissentliche Hervorkehrung der angeblich deutschen Volkszugehörigkeit des Verfassers nur als eine bewußte Irreführung bezeichnen, die auch für die, die sich der propagandistischen Hilfe Gottliebs bedienen, wenig ehrenvoll ist.

Es ist bedauerlich, daß sich auch der polnische Professor Lempicki an diesem Manöver beteiligt. Er hat Gottlieb — wie schon erwähnt — nicht nur als einen wahrhaften Deutschen bezeichnet, sondern in seinem Geleitwort u. a. auch folgendes über das Zustandekommen des Buches geschrieben: „Er (d. h. Gottlieb) suchte bei uns keinerlei Rat, um so weniger erwartete er von uns irgendwelche Anregungen oder Inspirationen. Er schrieb sein Buch allein, so, wie er es wollte und wie es ihm gefiel, und zeigte es uns erst, als es fertig war." Auf Seite 286 aber wird diese Versicherung Lempickis durch seinen Freund Gottlieb selber Lügen gestraft. Dort ist nämlich in einer Fußnote zu dem Kapitel „Brücken", das die kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen behandelt, zu lesen: „Die Anregung und den größten Teil des Materials zu diesem Kapitel verdanke ich meinem verehrten Freunde Professor Dr. Stanislaw Lempicki von der Universität Lemberg." Mit der geistigen Selbständigkeit des Verfassers war es also vielleicht doch nicht allzu weit her. Diese Tatsachen mußten vorausgeschickt werden.

Das Gottliebsche Polenbuch behandelt auf etwa 400 Seiten, denen eine Anzahl meist schlechter Bilder beigegeben ist, das Land, die Geschichte, den Geist und die Gegenwart Polens. Es enthält ganze Kapitel, in denen es kaum einen einzigen Satz gibt, der nicht zu ganz energischem Widerspruch herausfordern muß. Nirgends, selbst nicht in den Kapiteln, die sich mit der Schilderung des Landes oder mit der Literatur Polens befassen, fehlt es an offenen oder versteckten Ausfällen gegen das Volk, dem der Verfasser anzugehören behauptet. Als Ganzes gesehen ist das Buch in einem für Deutschland so hinterhältig beleidigenden Tone geschrieben, daß einem die Bemerkung Lempickis, Gottlieb habe es „für seine deutschen Landsleute" verfaßt und die Abfassung des Buches sei ihm, dem Wojciech Gottlieb, „ein seelisches Bedürfnis, ein Bedürfnis seines Gerechtigkeitsgefühles" gewesen, wie Hohn anmuten muß.

Allerdings hat Lempicki zu dem, was sein Freund über Polen zu sagen hat, eine gewisse Einschränkung gemacht, denn er sagt: „Der Nationalstolz ließe mich sagen, es sei alles recht und billig, und dem Verfasser gebühre Dank; nationale Bescheidenheit und die Demut des Dieners der Wissenschaft erwecken in mir jedoch hie und da gewisse Zweifel, ob sich der Verfasser nicht doch manchmal allzu weit hinreißen ließ von seiner freundlichen Gesinnung für mein Vaterland und all das, was in ihm interessant und eigenartig ist." Mit Wissenschaft, und schon gar mit deutscher Wissenschaft, hat das Gottliebsche Buch nicht das geringste zu tun. Der Wunsch, über Polen unterrichtet zu werden und zu einem tieferen Begreifen der vom Nationalsozialismus eingeleiteten Verständigungspolitik zu gelangen, ist in Deutschland allenthalben vorhanden. Aber das vorliegende Buch ist zur Erreichung dieses Zweckes wenig geeignet. Denn es hat eine leider häufig feststellbare Eigenart einer bestimmten Sorte von Polenliteratur geradezu auf die Spitze getrieben, nämlich die Unfähigkeit, etwas Vorteilhaftes über Polen zu sagen, ohne sich dabei zugleich abfällig über die Anderen zu äußern. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Methode den Eindruck hervorrufen muß, daß bei dem Lob, das Polen gespendet wird, etwas nicht stimmt. Es muß die Meinung entstehen, daß Polen überhaupt nur dadurch erhöht werden kann, daß man die Anderen erniedrigt. Man wird mißtrauisch gemacht gegen ein Volk, das es nötig zu haben scheint, mit dem Mittel der Diffamierung Anderer Propaganda für sich selber zu machen. Aus diesem Grunde ist das Gottliebsche Buch u. E. auch vom polnischen Standpunkt aus nicht zu begrüßen. Denn man kann ganz gewiß keine aufrichtigen Freunde erwerben, wenn man die, an die man sich wendet, fortgesetzt kränkt.

Man müßte ein neues Buch schreiben, wenn man auf alles, was in der Gottliebschen Schrift an Einseitigkeiten und Übertreibungen, an phantasievollen Legenden und bewußten Fälschungen aufgestapelt ist, eingehen wollte. Nur einige Punkte seien betont. Typisch ist für das ganze Buch die geradezu raffiniert durchgeführte Verleugnung der deutschen Aufbaukräfte, die an der äußeren und inneren Gestaltung Polens im Laufe der Jahrhunderte in einem gewiß nicht nebensächlichen Maße mitgewirkt haben. Was Gottlieb hierüber zu sagen hat, das ist in einem kurzen Kapitel am Schlusse des geschichtlichen Teiles unter der Überschrift „Brücken" zusammengedrängt, während sonst der Deutschen in Polen kaum oder wenn, dann meistens in herabsetzender Weise gedacht wird. Die ernst zu nehmende polnische Forschung hat soviel und so freimütig über die Bedeutung des Deutschtums für den Entwicklungsgang Polens berichtet,

daß man dieses Kapitel, das mit der Berufung auf einen polnischen Wissenschaftler (Lempicki) beginnt, nur als *eine für Deutschland sowohl wie für Polen beleidigende Karikatur einer wissenschaftlichen Abhandlung* ansprechen kann.

Eine ganze Reihe hervorragender Deutscher, die in Polen gewirkt haben, wird von Gottlieb offenbar überhaupt nur deshalb erwähnt, um sie für das polnische Volkstum in Anspruch zu nehmen. Er folgt auch hier dem bei der deutschfeindlichen Propagandaliteratur üblichen Dreh, sich *bestimmte Wissenschaftler und Künstler zwecks besserer Ausschmückung der polnischen Geschichte von den Deutschen zu borgen oder zum mindesten ihre deutsche Volkszugehörigkeit in Zweifel zu ziehen.* So sagt er von *Matthäus von Krakau*, einem der bedeutendsten Theologen des 15. Jahrhunderts, der die Jagiellonische Universität organisierte und später Bischof von Worms war, es sei zweifelhaft, ob man ihn als Deutschen oder als Polen ansprechen solle. Und auch einen anderen berühmten Gelehrten der Krakauer Hochschule, den *Paradieser Mönch Jakob*, der als Sohn deutscher Kolonisten aus dem Posenschen stammte, versucht er als „Polonus“ auf die polnische Seite zu schieben. Von *Nikolaus Kopernikus* sagt er, daß es wohl keinen Polen gebe, „der ihn nicht mit guter Überzeugung zu den Seinen rechne“. Auch *Friedrich Nietzsche* wird als „Deutscher polnischer Abstammung“ bezeichnet, da „sein Vorfahr Gothard Nicki“ im 17. Jahrhundert in Polen gewohnt haben soll. Von *Veit Stoß* heißt es, daß er umstrittener Volkszugehörigkeit sei, und auch von *Leibniz*, dem bedeutendsten deutschen Philosophen des 17. Jahrhunderts, wird schlicht und bescheiden behauptet, daß er „wahrscheinlich von polnischen Vorfahren stammte“. *Amos Comenius* wird zwar großzügigerweise den Tschechen zur propagandistischen Auswertung vermacht, aber *Martin Opitz* entgeht kaum dem Schicksal, in die Liste der berühmten „Polen“ eingetragen zu werden, da er ja „die letzten Jahre seines bewegten Lebens auf polnischem (!) Boden, in Thorn und Danzig“, verbrachte.

In einem kurzen Kapitel spricht Gottlieb von *Lodz*, und er erwähnt dabei auch die Deutschen. Aber offenbar nur, um sie mit dem Vorwurf der Lieblosigkeit gegen das polnische Land und mit der Schuld am Entstehen dieser häßlichsten Stadt des Kontinents zu belasten. Alles, was er über *Danzig* zu sagen weiß, läuft auf die wiederholte Feststellung der Liebe hinaus, die diese deutsche Stadt durch die Jahrhunderte hindurch angeblich mit Polen verknüpfte, und auf die Feststellung der Treue, in der sie *gegen* (!) das Deutschtum zu dem ihr kulturell angeblich verwandten (!) Polentum stand. Man bekommt da u. a. Sätze wie etwa diesen zu lesen: „*Danzig dankte Polen für die Freiheit, den Schutz und die Wohlfahrt . . . durch deutsche Treue im besten Sinne des Wortes.*“ Gnade vor Gottliebs Augen finden nur diejenigen Deutschen, denen sich von einer legendengläubigen Phantasie die polnische Abstammung anhängen läßt, und auch die, die zwar deutscher Abstammung waren, sich unter Verleugnung ihrer Herkunft jedoch polonisierten. Die anderen aber werden entweder verschwiegen oder — beschimpft.

Mit ausgesuchter Gehässigkeit, die weniger noch in den groben Schimpfworten, deren sich der Verfasser bedient, als in der diffamierenden Art der ganzen Darstellung zum Ausdruck kommt, werden die Deutschen, die in den geschichtlichen Auseinandersetzungen mit Polen eine Rolle gespielt haben, behandelt. Der *Deutsche Orden* wird als der „ewige Angreifer“ auf das von altersher im Dienste der christlichen Idee stehende Polen verdammt. Von neuem wird hier das alte, zweimal von den höchsten geistlichen Gerichten jener Zeit als Verleumdung gebrandmarkte Gerücht aufgewärmt, daß von den Ordensrittern im Jahre 1308 bei der Einnahme Danzigs dessen gesamte slawische Einwohnerschaft, an die 10 000 Menschen, massakriert worden seien. *Friedrich Wilhelm von Brandenburg*, der sich der längst überfällig gewordenen polnischen Lehnshoheit über Ostpreußen entzog, wird als „ungetreuer Lehnsfürst“ mit moralischer Entrüstung verurteilt. *Friedrich der Große* wird als „skrupelloser Falschmünzer“ bezeichnet, und von *August dem Starken* heißt es, er sei ein „schwachsinniger Nachahmer des Sonnenkönigs“ und „ein hohler, aufgeblasener Charakter“ gewesen, „dessen Intelligenz im umgekehrten Verhältnis zu seiner Muskelkraft stand“.

Auch darin unterscheidet sich Gottlieb nicht von den antideutschen Propagandisten der polnischen Sache, daß er *das fast pathologisch anmutende Bedürfnis* empfindet, *andauernd moralische Urteile über geschichtliche Ereignisse zu fällen.* Und hier tritt jene schon erwähnte Methode, Polen dadurch zu erhöhen, daß man die Anderen erniedrigt, besonders aufdringlich hervor. *Ein erstaunlicher Mangel an kritischer Einstellung* weiß hier die schmalen Grenzen, die das Erhabene vom Lächerlichen scheiden, kaum noch zu trennen. Der polnischen Sache ist schwerlich damit gedient, wenn die Ideologie, die in der Zeit der äußeren Machtlosigkeit herrschte, auch heute noch mit einem abgestandenen Pathos fortgepflegt wird. Es kommt einem wie *ein Zeichen innerer Unfreiheit* vor, wenn jede Schlappe, die Polen in seiner Geschichte erlitten hat, als ein moralisches Verbrechen seiner Gegner ausgelegt wird. Und es hinterläßt einen *peinlichen Eindruck*, wenn jeder Erfolg, den Polen einmal errungen hat, als ein Gott wohlgefälliges und die Menschheit beglückendes Ereignis aufgeputzt wird. Man kann es verstehen, wenn eine der staatlichen Machtmittel beraubte Nation sich in die Romantik einer messianischen Gläubigkeit rettet. Es fällt aber schwer, dem heutigen Polen seinen Großmachtsanspruch zu glauben, wenn seine Propaganda noch weiterhin in dieser Weise auf die Rührung der Tränendrüsen eingestellt bleibt. Es ist wohl möglich, von einer Tragik der polnischen Geschichte zu sprechen, aber *geschmacklos* ist es, mit der Tragik Reklame zu machen. Es ist nicht angenehm, sich zu Fehlern, die man gemacht hat, bekennen zu müssen. Aber ein solches Bekenntnis kann für den, der das ablegt, nur nützlich und ehrenvoll sein, während es *peinlich* wirkt, wenn einer die Schuld für sein Unglück nur immer bei den anderen sucht und aus dieser Abwalzung der Schuld einen mit besonderer Sorgfalt gepflegten Zweig einer moralisierenden Zweckwissenschaft macht. Niemand verübelt es einem Polen, wenn er stolz auf die *Idee der Freiheit* ist, der er in seiner Geschichte gelebt hat. Aber es wirkt etwas *komisch*, wenn er die Wirklichkeit anklagt, weil sie sich einer durch ihre Überspitzung inhaltslos gewordenen Idee nicht mehr anpassen wollte.

Die geschichtliche Darstellung Gottliebs gipfelt darin, den *Untergang des altpolnischen Reiches* als ein „*Kapitalverbrechen der Weltgeschichte*“ erscheinen zu lassen. „Können wir“, fragt er, „angesichts dieser Tatsachen zögern, die Teilung Polens im Einklang mit dem Urteil des gesamten polnischen Volkes ein Verbrechen zu nennen?“ Und dann legt er natürlich auch an die Wiederaufrichtung des polnischen Staates seine moralischen Maßstäbe an: „*Der Weltkrieg*“, sagt er da, „*war die Sühne für die Verträge von 1772, 1792 und 1795.*“ Preußen wird von ihm, obwohl die geschichtlichen Tatsachen etwas anderes lehren, als die treibende Kraft bei den sogenannten Teilungen Polens bezeichnet. Es hätte keinen Grund gehabt, sagt er, das machtlose Polen zu fürchten. Das stimmt. Aber über Polen hinweg drohte eine andere Macht, die dieses altersschwache Gebilde nicht mehr von Preußen und damit von Europa fernzuhalten vermochte. Gerade das *machtlose* Polen war eine Gefahr. Gottlieb ist unvorsichtig genug, an einer anderen Stelle seines Buches selbst einen Kronzeugen für die Zwangslage zu nennen, in der sich Preußen damals in der sogenannten Teilungsfrage befand. *Leibniz*, sagt er, habe 1669 unter dem Pseudonym eines polnischen Edelmannes „in einer höchst merkwürdigen lateinischen Denkschrift“ die Wahl eines deutschen Fürsten zum König von Polen als heilsam für diesen Staat und mit Rücksicht auf Rußland als notwendig für Europa bezeichnet: „Glauben wir etwa“, so heißt es darin, „die übrigen Völker der Christenheit würden es ruhig mit ansehen, daß Deutschland von der polnischen Seite her offen ist und daß den Barbaren der Weg in das Herz Europas frei steht? . . . Tun wir daher, was an uns ist, damit Europa nicht unseren und seinen Untergang zu beklagen habe“. Die Lage, die Leibniz hier vorausgesehen hat, war am Ausgang des 18. Jahrhunderts gegeben. *Damals war Polen als Staat nicht mehr zu retten. Europa aber wurde von Preußen geschützt.* Gottlieb fällt es natürlich nicht ein, diesen Leibnizschen Ausspruch mit seiner Moralpredigt über den Untergang Polens in Verbindung zu bringen.

*Er umgeht jede Kritik an dem Lande*, das, wie es in der Widmung heißt, *seine Frau ihn lieben gelehrt hat.* Er idealisiert dessen Schwächen und verbirgt die Schattenseiten in seiner Geschichte. *Aber Deutschland — das ist ihm eine Gemeinschaft, der „das Gefühl für die historische Gerechtigkeit“ fehlt, das ist ihm ein Volk, das auf materiellem Gebiete vielleicht manches zustande gebracht haben mag, in seiner geschichtlichen Moral aber tief unter dem Polentum steht.* Warschau gilt ihm nicht nur als das geographische, sondern für die Zukunft auch als das geschichtliche Zentrum Europas. Mit einer Apotheose des Polentums endet das Buch: „Wenn die extrem männliche, naturfremde, vom Boden losgelöste Kultur der Gegenwart ihre Aufgabe erfüllt haben wird, und die Zeit kommt, wo ihr abzutreten beschieden ist — und diese Zeit ist nicht fern —, dann dämmert eine Epoche, wo *das Ewig-Weibliche, das wahrhaft Organische, das Welt- und Gottverbundene* herrschen wird . . .“ Dann könnte, so meint er, so etwas wie ein polnisches Zeitalter für Europa beginnen. (Vielleicht äußert er sich auch einmal darüber, wieso man z. B. den Marschall Pilsudski als einen Wegbereiter des Ewig-Weiblichen ansprechen kann.) Man glaubt es Lempicki aufs Wort, wenn er versichert, daß es ihm eine Freude, „eine tiefe Genugtuung und ein wahres Vergnügen“ gewesen ist, zu diesem Buche das Geleitwort zu schreiben.

Dr. *Kredel.*

# Frankreich und Polen.

Die Rede, die der polnische Außenminister Oberst Beck am 1. Februar vor dem Auswärtigen Ausschuß des Sejms gehalten hat, hat keine unerwarteten Ausdeutungen vergangener Ereignisse und keine Ankündigungen besonders neuartiger Absichten gebracht. Was das Verhältnis Polens zu Deutschland anlangt, so hat Oberst Beck die aus den Äußerungen der offiziösen Warschauer Presse bekannte Stellungnahme bestätigt: Der Pakt vom 26. Januar v. J. habe seine Lebensprobe bestanden, und der gute Wille zur Ausgestaltung der gegenseitigen Beziehungen habe den Weg zur Erledigung vieler praktischer Fragen, besonders auf wirtschaftlichem Gebiete, geöffnet, aber auch auf den Gebieten der Wissenschaft und der Kunst, der Presse, des Fremdenverkehrs und des Sports. Es handle sich dabei nicht bloß um eine für den Tag berechnete psychologische Wirkung, sondern um eine Erziehungsarbeit im Geiste gegenseitiger Achtung und friedlichen Zusammenlebens der Völker.

Der starken Betonung der Notwendigkeit, mit den eigenen Grenznachbarn in geordneten und gesicherten Beziehungen zu leben, hat Oberst Beck eine ziemlich unverhüllte Absage an den Ostpakt gegenübergestellt. Man habe den Ostpakt, sagte er, ein „Ostlocarno" genannt. Dieser Name sei ungenau und habe zu mancherlei Mißverständnissen Anlaß gegeben. Er sei weder ein „Locarno" noch sei er „östlich". Das Wesentliche der Locarnoverträge sei die englisch-italienische Garantie für eine bestimmte Grenze gewesen. Der Ostpakt dagegen besitze diese charakteristische Eigenschaft nicht. Im übrigen sei auch der Name für Polen nicht reizvoll. Polen habe seine schlechten Erfahrungen mit den Locarnoverträgen gemacht. Sie verbänden sich in der Erinnerung Polens mit einem gewissen Stil der Politik der westeuropäischen Mächte, bei der die polnischen Lebensinteressen überhaupt nicht in Rechnung gestellt worden seien. Polen werde bei den weiteren Verhandlungen über den Ostpakt streng darauf achten, daß die politischen Vorteile keine Einbuße erleiden, die es durch die Zusammenarbeit mit seinen Nachbarn erreicht habe und die eine wirkliche Stabilisierung der Verhältnisse im nordöstlichen Europa anstreben. Vorläufig müsse man feststellen, daß in der Frage des Ostpaktes sowohl in politischer wie in formaler Hinsicht noch allzuviele Fragezeichen vorhanden seien, um etwas Bestimmtes über den Ausgang der Verhandlungen sagen zu können. Es genüge der Hinweis darauf, daß noch nicht einmal der Entwurf eines Textes des vorgeschlagenen Vertrags existiere.

Das ist — wie gesagt — alles nichts Neues. Immerhin verdient es festgehalten zu werden, da es die Auffassung bestätigt, daß Polen in der Frage seiner Beziehungen zu Deutschland und in der Frage des Ostpaktprojektes vor den häufig geäußerten französischen Forderungen nicht zurückzuweichen gedenkt. Im übrigen aber hat sich in letzter Zeit manches ereignet, was u. U. zu einer gewissen Besserung der polnisch-französischen Beziehungen beitragen könnte: Die betonte Mißachtung, die Polen längere Zeit hindurch dem Völkerbunde gegenüber an den Tag zu legen pflegte, hatte in Frankreich als eine mittelbar gegen den Quai d'Orsay gerichtete Abneigung natürlich verstimmt. Wenn Polen neuerdings dazu neigt, dieser in Paris mit Recht so beliebten Institution wieder etwas mehr Interesse und Sympathie entgegenzubringen, so kann das auf Frankreich nur besänftigend wirken. Oberst Beck hat in seiner Rede für den Völkerbund einige schmeichelhafte Worte gefunden. Die Mitwirkung Polens in Genf habe all die Jahre hindurch unter der diffamierenden Prozedur dieses Bundes in der Minderheitenfrage gestanden. Die Klärung dieser Frage aber erlaube es jetzt, „wohlwollend die Entwicklung und das Schicksal des Völkerbundes zu verfolgen und objektiv die Fragen zu prüfen, die durch dieses bedeutsamste Instrument der internationalen Zusammenarbeit behandelt werden, und ohne Vorbehalte auf seinem Boden die Zusammenarbeit mit anderen Staaten zu suchen". In Frankreich rechnet man vermutlich damit, daß die hier anscheinend in Aussicht gestellte stärkere Wiedereinschaltung in die Arbeiten der Genfer Institution Polen ganz naturgemäß wieder näher an Frankreich heranbringen werde. Und wahrscheinlich verläßt man sich in Paris auch darauf, daß auf dem diplomatischen Rennplatz am Genfer See jeder, der nicht ganz fest im Sattel sitzt, früher oder später Gefahr läuft, unter die französischen Hufe zu kommen.

Der zweite Punkt, in dem sich die französischen und polnischen Absichten berühren, scheint die Donaufrage zu sein. „Der Gedanke, alle Länder des Donaubundes ohne Diskriminierung eines von ihnen durch einen Vertrag zu umfassen, der dem glücklichen Zusammenwirken und der Vermeidung örtlicher Reibungen dient, ist von unserer Regierung freundlichst aufgenommen worden." Polen werde, stellte Oberst Beck weiter fest, die durch die französisch-italienischen Vereinbarungen begonnene Aktion „mit Sympathie und Interesse" verfolgen. Es liegt auf der Hand, daß es für Polen nicht leicht ist, im Rahmen dieser Aktion eine Stellung zu finden, die einerseits den Beziehungen zu Deutschland nicht schadet, andererseits die traditionelle Freundschaft mit Ungarn nicht stört und die der Warschauer Politik entgegenlaufende Politik der Tschechei nicht begünstigt. Darüber hat sich Oberst Beck verständlicherweise auch nicht geäußert. Seine Äußerungen zu diesem Thema hat man vielleicht als eine freundliche, aber noch zu nichts verpflichtende Geste nach Paris zu verstehen. Es mag hier wohl auch die Absicht mitgespielt haben, Frankreichs Interesse an den östlichen Dingen vom Nordosten weg und ein wenig mehr nach dem südlichen Osten zu lenken, um das leidige Ostpaktproblem etwas mehr in den Hintergrund treten zu lassen.

Zu diesen beiden Punkten, die Oberst Beck in seiner Rede berührte, kommt noch ein anderes Moment, nämlich die Tendenz einer außenpolitischen Umorientierung, die sich bei Frankreich seit den Londoner Besprechungen zwischen Flandin-Laval und Macdonald-Simon feststellen läßt. Frankreich hat die russische Linie, auf die es s. Z. von Barthou gebracht worden war, und die auch Laval zunächst noch fortgesetzt hatte, zwar nicht verlassen; aber es ist doch anscheinend dazu übergegangen, seine Außenpolitik nicht mehr vorwiegend auf Moskau, sondern stärker auch auf Rom und London zu stützen. Für die russische Westpolitik würde das eine Schlappe bedeuten. Ohne das erhoffte engste Zusammenspiel mit Paris verliert die Litwinowsche Position im Völkerbunde an Wert und werden auch die Ansatzmöglichkeiten, die sich der Moskauer Außenpolitik in Europa zu bieten versprachen, verringert. Für Polen könnte eine solche Entwicklung u. U. angenehm sein.

Könnte! Aber in Polen ist man trotzdem von dem Ergebnis der Londoner Besprechungen durchaus nicht entzückt. Man fürchtet anscheinend — und vielleicht nicht mit Unrecht — daß Frankreich sich mit London nur deshalb enger zusammentut, um dann mit dessen Hilfe um so tatkräftiger seine augenblicklich etwas in den Hintergrund gerückten östlichen Pläne wieder in Angriff zu nehmen. Man ist in Polen um so eher zu dieser Befürchtung geneigt, als die Art, in der Warschau bei den Londoner Besprechungen beiseite geschoben wurde, geradezu etwas Verletzendes hatte. So ist die Stellungnahme der polnischen Presse im allgemeinen wenig günstig für Frankreich, dessen neue außenpolitische Orientierung man nicht anders als den früheren „Moskauer Kurs" mit Mißtrauen verfolgt. Man sieht, daß Paris auch jetzt wieder wenig Wert darauf legt, die polnischen Interessen zu wahren, und daß es sich keine Mühe gibt, Polen so zu behandeln, wie es wohl einem Bundesgenossen gebührt. Im Sejmausschuß ist von Oberst Miedzinski gegenüber den Angriffen der Opposition mit starker Betonung festgestellt worden, daß von einem Bündnis zwischen Deutschland und Polen nicht die geringste Rede sein könne. Andererseits hat Oberst Beck in seiner Rede es nicht unterlassen, die polnisch-französische Bundesgenossenschaft zu unterstreichen. Wenn man aber die politischen Ereignisse, wie sie sich seit über einem Jahre abgespielt haben, betrachtet, dann wird man zugeben müssen, daß Deutschland, mit dem kein Bündnis besteht, in seiner Außenpolitik mehr Rücksicht auf Polen nimmt, als es das mit Polen verbündete Frankreich für notwendig hält.

Dr. K.

# Der „I. K. C." gegen Ostpreußen.

Im Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" sind am 11., 12. und 26. Januar drei Artikel über Ostpreußen erschienen, die von deutscher Seite nicht so ohne weiteres hingenommen werden können. Derartige aggressive Ausfälle gegen Deutschland, wie sie diese drei Artikel darstellen, sind in letzter Zeit wieder häufiger in der polnischen Presse zu finden. Es liegt hier ganz offensichtlich eine grobe Mißachtung der deutsch-polnischen Pressevereinbarungen vor. Zu beachten ist in dem vorliegenden Falle 1., daß es sich beim Krakauer „Ilustrowany Kurjer Codzienny" um ein Blatt handelt, das von allen polnischen Tageszeitungen die größte Auflage aufzuweisen hat und demgemäß einen beachtlichen Einfluß auf die öffentliche Meinungsbildung besitzt; und 2., daß die beiden Artikel in sachlicher Hinsicht, in der Wahl der Ostpreußen charakterisierenden Ausdrücke und Formulierungen eine ganz auffällige Ähnlichkeit mit dem aufweisen, was von Jendrzej Giertych in seinem Buche „Hinter dem nördlichen Grenzgürtel" über Ostpreußen gesagt worden ist (siehe „Ostland", Nr. 3, Seite 26). Bemerkenswert ist auch, daß der dritte dieser Artikel, der in einer überaus gehässigen Weise über die Abstimmung vom Juni 1920 berichtet, ausgerechnet am Jahrestage des deutsch-polnischen Paktes erschien.

Die beiden ersten Aufsätze sind mit Sbigniew Grabowski gezeichnet und aus Allenstein datiert. Der Verfasser benutzt die im Jahre 1910 vom Ostmarkenverein herausgegebene Sprachenkarte der polnischen Ostprovinzen als Ausgangspunkt seiner „Reiseeindrücke". Auf dieser Karte ist das deutsche Sprachgebiet in roter Farbe, das polnische (masurische, kaschubische und oberschlesisch-polnische) in grüner Farbe gezeichnet. Der Verfasser spricht von dem „schäumenden roten Meer", das gegen die friedlichen „grünen Gestade" anbrandet. „Eben dort", sagt er und meint Ostpreußen damit, „bin ich jetzt, wo das Meer nicht aufhört zu wühlen und nicht nach-

gibt und wo die Gefahr weiterhin andauert." Ähnlich wie Giertych bezeichnet er Ostpreußen als „ein düsteres, undankbares, melancholisches Land", in dem man sich „fast wie in die sibirische Tundra" verschlagen vorkommt. Kultur und Gesittung, so meint er, seien in dieses „fast exotische" Land nur durch polnische Menschen hineingebracht worden, wobei er auf Hosius und Ignaz Krasicki hinweist und Kopernikus und den hlg. Adalbert für Polen in Anspruch nimmt. „Damals", sagt er, „gingen von Ostpreußen noch Strahlen des Glanzes aus, und was für eines Glanzes! Es war keine Provinz, sondern ein lebhaftes Kulturzentrum, ein Gebiet, das sich seine Kultur formte." Dann aber, fährt er fort, sei durch das Deutschtum alles vernichtet worden. Ostpreußen sei „eine Domane partikularer Gedanken" und des preußischen Geistes geworden mit seinen „trockenen provinzialen Eigenarten" und seiner „harten Ethik". Die Marienburg ist ihm eine Feste, „die durch die Düsterheit der Bauart wirkt". Das Deutschtum erscheint ihm als eine „furchtbare Walze", die über das Land hinweggeht. Allenstein kommt ihm „öde und leer" vor. Er beschreibt es als eine Stadt, wo sich die Verkäuferin im Kiosk hinter den Stößen von Zeitungen, Büchern und Karten langweilt, wo die Straßenbahn durch ihr Gebimmel die spärlichen Fahrgäste anlockt, wo sich in den Hotels die wenigen Gäste ihre Zeit bei einer mehr oder weniger schlechten Zigarre vertreiben, wo an den Wänden „die marsähnlichen Gesichter Wilhelms II. und Hindenburgs" hängen, wo auf den Straßen die Sammler mit ihren Büchsen für die Winterhilfe herumlärmen und „selten hohe Beträge" heimbringen, obwohl in den Kinos Schmeling, „die entthronte Hoffnung des deutschen Boxsports", als Sammler vorgeführt wird . . . In dieser „preußischen Öde" ist es ihm tröstlich, polnische Spuren zu finden: die „Gazeta Olsztynska" und den „Mazur", „diese wunderliche Zeitschrift, die in schwabacher oder gotischer Schrift, aber in polnischer Sprache gedruckt wird", polnische Namen im Telephonbuch, ein polnisches Kinderheim, eine Billettverkäuferin im Kino, die ihm leise verrät, „daß sie polnisch verstehe", und ein Kellner im Restaurant, der sich dazu bewegen läßt, ein wenig masurisch zu sprechen. Aus diesen Entdeckungen zieht er dann die Erkenntnis, daß man, um auf den polnischen Untergrund zu stoßen, nur „diesen äußeren germanischen Anstrich abkratzen" müsse, daß sich die Menschen nur fürchten, polnisch zu sprechen. „Unter dem Druck von Millionen Atmosphären", fährt er dann fort, „hält die polnische Bevölkerung in diesen Gebieten in dem Feuerkessel des Nationalitätenkampfes an ihrem Volkstum fest. Der Druck des roten Meeres (gemeint ist die rote Farbe der Karte des Ostmarkenvereins) hielt auch nicht einen einzigen Augenblick an." Der Nationalsozialismus habe diesen angeblichen Druck heute wieder verstärkt. Und die Masuren ständen heute im Banne dieser Idee. „Werden wir ihnen", so fragt er zum Schluß, „unsere eigene Idee aufzwingen können? . . . Man sagte ganz richtig, daß die oberschlesischen Aufständischen unter sich deutsch sprachen, aber sie kämpften für Polen. Die Sprache genügt nicht. Ermland und Masuren müssen durchdrungen werden vom polnischen Geist . ."

Der Zweck dieses Artikels ist — wie der des Giertychschen Buches —, Ostpreußen als ein polnisches Land erscheinen zu lassen, um aus diesem Schein einen polnischen Besitzanspruch auf dieses Land ableiten zu können. Aber da ist noch die Abstimmung von 1920, in der sich die Bevölkerung, die hier für Polen in Anspruch genommen wird, mit kaum zu überbietender Eindeutigkeit für Deutschland und gegen Polen entschieden hat. Die peinliche Erinnerung an diese Niederlage soll dann der dritte Artikel, als dessen Verfasser ein in der Abstimmungszeit in Ostpreußen tätig gewesener polnischer Agitator fungiert, überwinden. Einleitend wird in diesem Artikel mit rühmenden Worten die Objektivität, Exaktheit und Sicherheit, die bei der Abstimmung im Saargebiete gewaltet haben, betont, um dann ein Klagelied darüber anzustimmen, „wie ganz anders" es doch damals bei der ostpreußischen Abstimmung war! Mit Verdrehung, Hetze und Gewalt hätten die Deutschen damals die abstimmungsberechtigten Einwohner Ostpreußens irregeleitet und eingeschüchtert und die Ergebnisse der Abstimmung verfälscht. „Die Kulturwelt", so schließt die von Gehässigkeiten gegen Deutschland wimmelnde Artikelreihe des Krakauer Blattes, „reagierte nicht auf den Schrei der terrorisierten ostpreußischen Bevölkerung. Wir protestierten in feierlichster Weise gegen eine solche Abstimmung, gegen das Abstimmungsergebnis. Wir wiesen darauf hin, daß wir uns aufs empfindlichste geschädigt fühlten. Hilfe kam nicht. Es lohnt sich, die Welt an die Abstimmung im Saargebiet, die in völlig anderer Weise durchgeführt worden ist, zu erinnern." Das heißt: das größte polnische Blatt benutzt den ersten Jahrestag des deutsch-polnischen Paktes dazu, um die Ungültigkeit der Abstimmung von 1920 zu proklamieren und Ostpreußen als eine offene Frage hinzustellen, die zu gegebener Zeit von neuem aufgerollt werden müsse. So wird an dem Tage, an dem der Führer erneut den ernsten Willen zur Zusammenarbeit mit dem östlichen Nachbarn bekundet hat, von einem zur polnischen Regierung nicht in Opposition stehenden Blatt in schlecht verhüllter Form Grenzrevisionspropaganda getrieben!

# Die Frage der West-Ostsiedlung in Polen.

Der Gedanke, ostoberschlesische Arbeitslose nach Ostpolen zu verpflanzen, ist nicht neu. Doch war dieser Gedanke bisher über theoretische Erörterungen nicht weit hinausgelangt. In letzter Zeit läßt sich in der Wojewodschaft Schlesien aber eine lebhaftere Werbetätigkeit für die West-Ostsiedlung feststellen. So trat vor kurzem ein Geistlicher namens Baczewski, der aus dem östlichen Polen kam, in Kattowitz als Werberedner für die Ansetzung von Arbeitslosen aus Westpolen und der Wojewodschaft Schlesien in Polesien auf. Er berichtete u. a. über die Erfahrungen, die in dieser Hinsicht bereits mit Leuten aus dem Posenschen gemacht worden sind. Die Leute, erzählte er, seien mit ihrem Schicksal zufrieden; sie hätten Wirtschaften von 15 bis 20 Hektar. Schulen und Kirchen, landwirtschaftliche Organisationen usw. seien vorhanden. Das Land sei billig; bei einem Preise von 100 bis 150 Zloty je Hektar stelle sich ein lebensfähiger Hof (Land und erste Einrichtung) auf nur etwa 3000 Zloty. Das Land sei erst in einem Zeitraum von 50 Jahren abzuzahlen; die Summe, die ein Siedler selber mitbringen müsse, gehe über 1000 Zloty selten hinaus. Aber auch das ist für einen Arbeitslosen, der seit Jahren von kärglichen Unterstützungen leben muß, natürlich noch eine unerschwingliche Summe. Für die aber, die noch ein kleines Vermögen besitzen, für nachgeborene Bauernsöhne z. B., die die notwendige Ansiedlungssumme vielleicht noch durch eine Hypothek auf den väterlichen Hof aufbringen können, ist ein solch billiges Siedlungsangebot jedoch von einigem Reiz.

Wenn von behördlicher Seite der Gedanke der West-Ostsiedlung in den ehemals preußischen Gebieten verfochten wird, so werden damit zwei Absichten, eine nationalpolitische und eine wirtschaftliche, verfolgt. Was zunächst die wirtschaftliche Seite anlangt, so steht es heute wohl endgültig fest, daß ein großer Teil der industriellen Arbeitslosen Ostoberschlesiens keinerlei Aussicht mehr hat, in der Wojewodschaft selbst zu Arbeit und Verdienst zu gelangen. Die technische Vervollkommnung des Kohlenbergbaues, durch die die arbeitstägliche Leistung je Arbeiter um mehr als ein Drittel gesteigert worden ist, hat einen erheblichen Prozentsatz der noch vor einem Jahrzehnt im Bergbau erforderlichen Kräfte für dauernd überflüssig gemacht. Für die übrigen Industriezweige gilt teilweise dasselbe. Der Druck auf den Arbeitsmarkt wurde darüber hinaus noch durch den Massenzustrom landfremder Leute aus Galizien und Kongreßpolen verstärkt. Es gilt also, ein Abflußventil für das übervölkerte Land zu erschließen. Die polnischen Behörden glauben nun, in der Verpflanzung der überflüssigen Kräfte aus dem Westen in die dünnbesiedelten Ostgebiete des Staates eine Lösung finden zu können. Siedeln aber kostet Geld. Der Masse der Arbeitslosen fehlen jegliche Mittel. Wenn hier der Staat nicht die Kosten trägt, wird aber wenig zu machen sein. — Vielleicht läßt sich der Staat trotz seiner chronischen Finanzebbe die Sache doch etwas kosten. Allerdings weniger aus wirtschaftlichen, als aus nationalpolitischen Gründen. Denn wie liegen die Dinge? Unter den Arbeitslosen Ostoberschlesiens gibt es mehrere Zehntausend Deutsche. Gerade sie sind es, die die geringste Aussicht haben, noch einmal in ihren alten Arbeitsstellen unterzukommen. Gerade sie haben unter der Not des erzwungenen Nichtstuns am stärksten zu leiden, da sie mancherlei Benachteiligungen bei der öffentlichen Fürsorge usw. ausgesetzt sind. Gerade sie also könnte das Versprechen einer neuen Existenz als Siedler im östlichen Polen vielleicht am meisten anlocken. So gesehen, stellt sich der Gedanke der West-Ostsiedlung in Polen also als ein neues Mittel der Entdeutschung Ostoberschlesiens dar. Die Deutschen würden, wenn der Gedanke in die Tat umgesetzt werden sollte, aus ihrer Heimat in eine fremde Umgebung versetzt. Sie würden den Zusammenhang mit den deutschen Organisationen ihrer Heimat verlieren und als Siedler im Osten in den Bann polnischer Organisationen geraten.

Es ist übrigens bemerkenswert, daß die polnischen Behörden nicht nur in Ostoberschlesien, sondern auch in Posen und Pommerellen mit solchen Gedanken umgehen. Es gibt in diesen Gebieten etwa 15 000 bis 20 000 deutsche Jungbauern und Landarbeiter, die heute wenig Aussicht haben, in ihrer alten Heimat zu eigenem Besitz zu gelangen, aber von dem Wunsche beseelt sind, auf eigener Scholle zu sitzen. Nur in ganz seltenen Ausnahmefällen ist es bisher einmal einem von ihnen gelungen, sich eigenen Landbesitz zu erwerben. Die Zwangsparzellierung deutschen Großgrundbesitzes kommt nicht ihnen, sondern nur polnischen und dazu oft landfremden Leuten aus dem Osten zugute. Der Weg zu einer eigenen bäuerlichen Existenz ist ihnen in der Heimat versperrt. Ihre Zahl ist ständig im Wachsen. Der Wille, ihnen hier die Voraussetzungen einer erträglichen Existenz zu verschaffen, ist auf polnischer Seite zweifellos nicht vorhanden. Aber sie wollen in der Heimat bleiben. Sie haben dort dank der Arbeit von Generationen ein größeres Heimatrecht geltend zu machen als sehr viele von denen, vor denen sie jetzt, weil die größere Macht auf der anderen Seite ist, zurückstehen müssen. Sie haben, wenn von West-Ostsiedlung die Rede ist, ein Recht, zu verlangen, daß erst einmal die nach dem Osten gehen, die von dort gekommen sind. Das gilt auch für Ostoberschlesien, und zwar nicht nur für die dortigen Deutschen, sondern auch für die altansässigen Einwohner nichtdeutscher Zunge. Denn auch diesen, und nicht nur den Deutschen, wird von den Leuten, die seit der Abtrennung der Gebiete von Deutschland in hellen Scharen aus dem Osten zugeströmt sind, die alte Heimat streitig gemacht.

# Die sächsische Zeit.

Auf Einladung des Warschauer Stadtpräsidenten Starzynski hat der Dresdener Oberbürgermeister Zörner der Hauptstadt Polens kürzlich einen Besuch abgestattet.

Im Jahre 1697 wurde der Kurfürst Friedrich August der Starke von Sachsen als August II. zum König von Polen gewählt. Ihm folgte nach 37jähriger Regierungszeit sein Sohn als August III. auf dem polnischen Thron. Fast 70 Jahre hindurch, bis 1763, waren Sachsen und Polen durch ihre Herrscher miteinander verbunden. In politischer Hinsicht war diese „sächsische Zeit“ für Polen eine Zeit des Verfalls. Um die polnische Krone, die damals vom polnischen Adel sozusagen meistbietend versteigert wurde, machte im Jahre 1697 der sächsische Kurfürst gegen seinen französischen Mitbewerber, den Prinzen Conti, das Rennen. Er warf den Conti, der mit seinen Truppen bei Danzig gelandet war, aus dem Land, sicherte dem polnischen Adel, dessen Stimmen er sich mit einigen Millionen Gulden gekauft hatte, alle Freiheiten zu, die dieser verlangte, trat zum katholischen Glauben über und wurde so der König eines Staates, der zwanzigmal größer war wie sein sächsisches Stammland. Er kam mit großen Plänen nach Polen; er wollte die Moldau und die Walachei den Türken entreißen und Livland von den Schweden erobern. Aber 1699 erhielt er im Karlowitzer Frieden nur Podolien und die von den Türken besetzten Teile der Ukraine zurück. Und seine livländischen Pläne verwickelten ihn in den das Land verwüstenden, endlose Jahre dauernden Nordischen Krieg. Karl XII. von Schweden drängte August den Starken aus Polen heraus; 1704 ließ er Stanislaus Leszczynski, den protestantischen Herren von Lissa, zum König ausrufen, marschierte mit seinen siegreichen Heeren nach Sachsen und zwang den Wettiner 1706 zum Altranstädter Frieden, in dem Leszczynski als der rechtmäßige König von Polen anerkannt wurde. Als Karl XII. 1709 bei Poltawa von Peter dem Großen geschlagen wurde, trat August der Starke vom Altranstädter Frieden zurück, rückte in Polen ein, vertrieb Leszczynski und erneuerte sein Bündnis mit dem russischen Zaren. Die Versuche des Königs, in Polen als Alleinherrscher zu walten und seine Macht auf eine im Lande stehende sächsische Armee zu stützen, stießen auf den erbitterten Widerstand des polnischen Adels, der Peter den Großen um Hilfe gegen den König anrief. Unter dem „Schutz“ russischer Bajonette bestätigte der „Stumme Reichstag“ 1717 die Bedingungen, die der russische Zar dem polnischen Adel dafür, daß er dessen „Freiheiten“ gegen die Machtansprüche des Wettiners verteidigt hatte, diktierte. August der Starke hatte in dem im Chaos versinkenden Polen eine starke königliche Zentralgewalt, eine erbliche und absolute Monarchie aufrichten wollen. Der Adel aber wollte dieses einzige Mittel, den polnischen Staat vor dem Untergange zu retten, nicht dulden. Seit 1717 haben die russischen Truppen den polnischen Boden nicht mehr verlassen. Polen hatte tatsächlich schon damals aufgehört, ein selbständiges Staatswesen zu sein. Es war von 1717 bis 1772 besetztes Gebiet. 1733 starb August der Starke. Sein Herz ist in Krakau, sein Leib in Dresden beigesetzt worden.

Als reisender Kaufmann verkleidet, kehrte Stanislaus Leszczynski, der seit seiner Vertreibung durch August den Starken in Zweibrücken und in Straßburg i. E. gelebt hatte, nach Warschau zurück. Auf dem Felde von Wola wurde er von seinen Anhängern zum König gewählt. Aber er kam nicht dazu, sein Amt auszuüben. Vor einem heranrückenden russischen Heere floh er nach Danzig; und auf dem Felde von Kamien wurde indessen der Sohn Augusts des Starken als August III. unter dem Salut der russischen Artillerie zum König von Polen ausgerufen. Leszczynski, der, als Bettler verkleidet, das von den Russen in Brand geschossene Danzig verlassen mußte, erhielt das Erbland Lothringen, das nach seinem Tode an Frankreich fiel. Seine Anhänger in Polen wurden von August III. mit Waffengewalt niedergeworfen. In den Siebenjährigen Krieg wurde Polen, das ja ohnehin schon aufgehört hatte, eine selbständige politische Rolle in Europa zu spielen, durch seine Verbindung mit Sachsen verwickelt. Es half nichts, daß Sejm und Senat sich für die unbedingte Neutralität Polens erklärten. Das Land wurde zum Aufmarschgebiet der gegen Preußen kämpfenden russischen Heere, die hier wie in Feindesland hausten. Sonst aber hatte Polen unter August III. Frieden mit seinem Nachbar. Zur inneren Festigung jedoch ist dieser äußere Frieden nicht ausgenutzt worden. Der König besaß nicht den Ehrgeiz seines Vaters, der in dem ungeordneten Lande eine starke, zentrale Königsgewalt aufrichten wollte. Der Staat ging seiner Auflösung entgegen. Alle Reichstage wurden zerrissen. Die Magnaten und Schloßeigner hatten keinen Grund, über den zweiten Wettiner, der ihnen mit schwerem Geld ihre Stimmen abgekauft hatte, zu klagen. Er traf keine Anstalten, ihnen den „Augapfel der Freiheit“, das liberum veto, streitig zu machen.

Die sächsische Zeit, in der sich der politische Niedergang des polnischen Staates vollzog und das dissidentische Deutschtum in Polen schlimmen Verfolgungen ausgesetzt war, ist — was Kunst und Wissenschaft anlangt — eine Blütezeit für das polnische Land und eine neue Periode deutschen Kulturwillens in Polen gewesen. In der Gleichung Dresden-Warschau hat diese kulturelle Seite der sächsischen Zeit ihren sichtbarsten und bleibenden Ausdruck gefunden. Beide Wettiner waren prachtliebende Fürsten, kunstsinnige Mäzene und lebensfreudige Herren. Aus dem engen und kleinstädtischen Dresden machten sie eine der kunstreichsten Residenzstädte des Reiches. Was sie in ihrem Stammlande schufen, das kam auch dem polnischen Kulturleben zugute. Stark strömten die Impulse des sächsischen Rokoko über Polen und riefen dort, inmitten des allgemeinen politischen Niederganges, eine neue Blüte des geistigen Lebens und künstlerischen Schaffens hervor. Verschwenderisch stellten die Könige dem armseligen Lande die reichen Mittel und die fähigen Meister ihres Stammlandes zur Verfügung. Eine Masse hervorragender Architekten, die sich in Sachsen bewährt hatten, gaben dem verfallenen Warschau ein neues Gesicht. Im Zentrum des heutigen Warschau liegen die repräsentativsten Gebäude der sächsischen Zeit. Dort liegt am Sachsenplatz, der in neuerer Zeit in Pilsudskiplatz umgetauft wurde, das unter August dem Starken errichtete Sachsenpalais, das heute als Sitz des polnischen Generalstabes dient. Dort liegt auch das Brühlsche Palais, das der sonst nicht eben rühmlich bekannte, allmächtige Minister des Königs, der Schöpfer der Brühlschen Terrasse in Dresden, errichten ließ und in dem heute als polnischer Außenminister Oberst Beck residiert. Und anschließend erstreckt sich der Sächsische Garten, der Lustgarten Augusts des Starken, der heute als einziger Park im Zentrum der Stadt allgemein zugänglich ist. Er wurde mit Hilfe sächsischer Gärtner und Arbeiter von einem Dresdener Architekten geschaffen. Der berühmteste Baumeister der damaligen Zeit, Andreas Schlüter, kam von Dresden, wo er im Dienste der Wettiner gearbeitet hatte, für einige Zeit auch nach Warschau. Ein anderer großer Baumeister des 18. Jahrhunderts, Daniel Pöppelmann, von dem die schöne Elbbrücke, das Opernhaus und der Zwinger in Dresden stammen, hat von 1697—1718 in Polen gewirkt. Von ihm sind die Baupläne des Sachsenpalais, der Paläste der Potocki und Sanguszko und des Königsschlosses, in dem heute der polnische Staatspräsident residiert, ferner stammen von Pöppelmann die Pläne verschiedener Warschauer Kirchen und Kasernen sowie zahlreicher königlicher und privater Paläste und anderer Gebäude in der Hauptstadt wie auch im übrigen Polen. Als hervorragende Baumeister sind während der Sachsenzeit in Warschau auch Sigismund von Deybel und Daniel Jauch, Johann Christoph Knöffel, Knöbel, Müntz u. a. tätig gewesen. Die berühmte Zaluski-Bibliothek wurde damals gebaut. In der unter August II. errichteten Hofoper ist heute die Warschauer Börse untergebracht. Über 50 Kirchen, Schlösser und Adelspaläste entstanden damals in Warschau. Das erste Warschauer Krankenhaus verdankte den Sachsen sein Entstehen. Prächtige Alleen wurden geschaffen; zahlreiche Gärten legten Zeugnis ab von der Meisterschaft sächsischer Gartenbaukünstler. Im Warschauer Handwerk, in der Kaufmannschaft und im Beamtentum taten sich zahlreiche Männer, die mit dem prunkvollen Hofstaate der sächsischen Könige nach Polen gekommen waren, hervor. Auch das erste Kaffeehaus Warschaus wurde 1724 von einem Deutschen gegründet. Das Kunstgewerbe der polnischen Hauptstadt lag damals fast ausschließlich in den Händen von Deutschen. So sind von 1762—1810 von den 75 Warschauer Goldschmieden nicht weniger als 66 Deutsche gewesen. Warschau wurde in der sächsischen Zeit eine europäische Stadt. Und von der Hauptstadt aus gingen die künstlerischen Einflüsse ins Land hinaus, in manche andere Städte und auf viele Landsitze der durch das Vorbild der sächsischen Könige angeregten reichen Magnaten.

Neben der Kunst und Architektur strömten in dieser Zeit auch nachhaltig wirkende Einflüsse des deutschen Geisteslebens nach Polen. Und diese Einflüsse sind es nicht zuletzt auch gewesen, aus denen die Polen zu schöpfen vermochten, die in der allgemeinen Verrottung des politischen Lebens sich ein patriotisches, über die ständischen Sonderinteressen hinausweisendes Verantwortungsbewußtsein zu bewahren vermochten. Hier waren es neben Sachsen vor allem Danzig und Königsberg, deren geistige Potenzen sich befruchtend auf das in Erstarrung geratene Polen auswirkten. Der Danziger Lengnich schrieb eine Geschichte Polens und des polnischen Rechtes. Der protestantische Sachse Christian Gottlieb Friese wurde von Bischof Zaluski als Bibliothekar in seine Dienste gezogen. Der aus Königsberg stammende Georg Schulz erforschte die Entwicklung der Ämter in Polen. Der Deutsche Daniel Jaenisch, ein Sohn deutsch-protestantischer Eltern aus Birnbaum, der in Dresden und Schulpforta studiert hatte, wurde zum Schöpfer der Bücherkunde in Polen. Der Mathematiker, Philosoph und Kunstkritiker Lorenz Mitzler aus Sachsen, der die Söhne des polnischen Kronkanzlers Malachowski erzog und sich in Warschau als Arzt niederließ, gab von 1758 an die erste literarische und wissenschaftliche Zeitschrift in Polen heraus, in der aus seiner Feder die ersten gut durchdachten und brauchbaren Vorschläge zur Hebung von Handel und Gewerbe usw. erschienen. Mitzler wird mit Recht als der Vater der polnischen Publizistik bezeichnet. Er hat sich auch als Druckereiunternehmer und Herausgeber erfolgreich versucht und als solcher über einem Dutzend polnischer Autoren zur Veröffentlichung ihrer Arbeiten verholfen. Es sind das nur einige Beispiele dafür, wie auch in der sächsischen Zeit — wie die ganzen Jahrhunderte seit dem Bestehen des polnischen Staates hindurch — deutsche Kräfte am Aufbau Polens mitgewirkt haben, wie von den Deutschen immer wieder der Grund gelegt wurde, auf dem dann polnische Kräfte — sofern sie vorhanden waren — fortschaffen konnten, und wie auch in dieser Zeit der politischen Auflösung des polnischen Staates von Deutchland her neue Züge in das Gesicht des polnischen Landes eingeprägt wurden, die noch heute ihre repräsentative Bedeutung besitzen.

Dr. K.

# „Minderheiten", die es nicht gibt.

Die lettische Presse liebt es seit längerer Zeit, von den Kuren in Ostpreußen zu sprechen und an ihre entsprechenden Mitteilungen allerlei Forderungen kultureller oder gar politischer Art zu knüpfen. So phantasierte in der lettischen Zeitung „Pedeja Bridi" vom 6. September 1934 z. B. einmal „ein reichsdeutscher Bürger", dessen Name bescheiden verschwiegen wurde, davon, daß es in Ostpreußen „etwa 2000 kurische Ansiedler" gebe, deren Siedlungen „von Rossitten bis Cranz und noch etwas weiter längs der Seeküste entlang" zu finden sein sollen. Auch auf dem zum Memelland gehörenden Teil der Kurischen Nehrung soll es noch kurische Ansiedler geben. Das Blatt beschwert sich nun darüber, daß Deutschland diesen Nehrungsbewohnern, die kurzerhand als lettische Volks- und Sprachzugehörige in Anspruch genommen werden, keine lettischen Kirchen und Schulen gewähre, obwohl es in Ostpreußen doch etwa 20 deutschbaltische Pastoren, die der lettischen Sprache mächtig sind, und außerdem zwei lettische Theologen gebe. „Warum", fragt das Blatt, „kann man nicht Lehrer aus Lettland anfordern, um einen Ausgleich für die Tausende von Reichsdeutschen, die in Lettland arbeiten, zu schaffen? . . . Es wäre", so schließt das Blatt seinen Artikel, „moralisch gerechtfertigt, zu verlangen, daß den Kuren in Deutschland die elementaren nationalkulturellen Rechte nicht genommen werden." Man sieht, was mit solchen journalistischen Ergüssen beabsichtigt ist: Es wird eine Art „kurische Minderheit" in Ostpreußen erfunden. Deutschland wird der Entnationalisierung dieser sagenhaften, dem lettischen Volke stammverwandten „Minderheit" angeklagt, und daraus wird — nach bewährten Mustern — dann eine Art Rechtfertigung für die gegen die Deutschen in Lettland gerichtete Vernichtungspolitik abgeleitet.

Derartigen Methoden einer sich wissenschaftlich nennenden Propaganda von lettischer Seite muß ein für allemal folgende ganz eindeutige Feststellung entgegengesetzt werden: Es gibt keine kurische Minderheit in Ostpreußen und es wird dort auch keine geben. In der Gemeinde Pillkoppen gibt es noch einige alte Leute, die die kurische Sprache notdürftig beherrschen. Es gibt in Ostpreußen niemanden, der den Wunsch hätte, eine nicht mehr vorhandene Sprache als seine Muttersprache zu bezeichnen. Und es gibt erst recht niemanden, der den Wunsch verspürte, sich lettische Pastoren oder Lehrer aus dem Ausland importieren zu lassen. Die Letten können sich die Mühe, die sie auf diese Sache verwenden, ruhig sparen. Sie haben in Ostpreußen nichts verloren und nichts zu gewinnen.

Dasselbe gilt für die Litauer, die seit einiger Zeit an einem merkwürdigen „Drange nach Westen" erkrankt sind. Über das deutsche Memelland hinaus nehmen sie weite Gebiete Ostpreußens für sich in Anspruch, wobei sie sich nicht nur auf falsch gedeutete und entstellte geschichtliche Vorgänge, sondern auch darauf zu berufen pflegen, daß „man in Ostpreußen noch litauisch spricht". Tatsächlich gibt es dort noch einige ältere Leute, die litauisch sprechen, ebenso gut aber oder noch besser die deutsche Sprache gebrauchen. Es zeugt für das weitherzige Entgegenkommen der deutschen Behörden, daß mit Rücksicht auf diese wenigen Menschen litauische Gottesdienste veranstaltet werden, obwohl sich ein sprachliches Bedürfnis hierfür eigentlich nicht nachweisen läßt. Im Regierungsbezirk Gumbinnen sind litauische Gottesdienste noch in 14 Kirchen erhalten. Sie finden an zwei Orten, in Szillen und Tilsit jeden Sonntag, in den übrigen Kirchen ein- oder zweimal im Monat oder noch seltener statt. Bezeichnenderweise werden die litauischen Gottesdienste nur von wenigen alten Leuten besucht. Ihre Zahl geht von Jahr zu Jahr ständig zurück, so daß diese Gottesdienste in absehbarer Zeit völlig eingestellt werden müssen. Die Litauer jenseits der Grenze glauben anscheinend, in der Kirchenfrage einem „dringenden Bedürfnis" abzuhelfen, wenn sie seit längerer Zeit schon litauische Gottesdienste durch den Kauener Rundfunk verbreiten. In Wirklichkeit geschahen diese Übertragungen lediglich aus agitatorischen Gründen. Es gibt nur ganz vereinzelte Leute, so zwei Einwohner des Dorfes Paskalwen, die sich dafür interessieren. Unter der Jugend ist der Wunsch, litauisch zu lernen oder in dieser Sprache unterrichtet zu werden, überhaupt nicht vorhanden. Es gibt in Ostpreußen keine Kinder, die beim Eintritt ins schulpflichtige Alter nicht besser deutsch als litauisch sprechen. Und es gibt keine Eltern, die den Wunsch hätten, ihre Kinder in eine litauische Schule zu schicken. Konfirmandenunterricht in litauischer Sprache wird nirgends gewünscht und wird daher auch nirgends in Ostpreußen erteilt. Im ganzen Regierungsbezirk Gumbinnen ist ein einziger litauischer Kindergarten vorhanden. Er besteht in Tilsit, wird aber nur von ganz wenigen Kindern, die dem persönlichen Bekanntenkreis des ehemaligen Mittelschullehrers Storost (Vydunas) angehören, besucht. Dieser Storost, der an den europäischen Nationalitätenkongressen großspurig als Vertreter einer (nicht vorhandenen) litauischen Minderheit in Deutschland teilnimmt, hat vor einigen Jahren einmal einen litauischen Sprachkursus einzurichten versucht. Er mußte den Kursus wegen allzu geringer Beteiligung jedoch bald wieder eingehen lassen. Ein Wunsch nach kulturellen oder sonstigen litauischen Einrichtungen läßt sich in Ostpreußen beim besten Willen nicht feststellen. Es kommt in Tilsit zwar ein kleines Blättchen in litauischer Sprache heraus. Es wird jedoch mehr zu Renommierzwecken am Leben erhalten. Vydunas und die hinter ihm stehenden großlitauischen Kreise wollen dem Auslande durch das Vorhandensein dieser Zeitung die Existenz einer „litauischen Minderheit" in Ostpreußen vorspiegeln. Der Hauptzweck des Blättchens ist es, der litauischen Presse jenseits der Grenzen als Quelle für die angeblichen „Leiden der Litauer in Ostpreußen" zu dienen. Seine Verbreitung in Ostpreußen selbst ist äußerst gering.

# Ostland-Chronik.

## Die deutsch-polnische Annäherung.

Auf Einladung des polnischen Kriegsministeriums trafen am 7. Februar drei deutsche Offiziere, und zwar der Kommandeur der Kavallerieschule Hannover, Generalmajor Freiherr von Dalwigk-Lichtenfels, Oberstleutnant Krüger und Major Voigt in Warschau ein. Sie statteten dem Chef des Generalstabes, General Gonsiorowski, einen Besuch ab und begaben sich darauf nach Graudenz, wo ihr Besuch der dortigen polnischen Kavallerieschule galt.

Am 8. Februar wurde in Berlin der erste polnische Tonfilm (in deutscher Sprache) — „Kreuzweg einer Liebe" — uraufgeführt. Die Hauptdarstellerinnen des Films, Jaga Andrzejewska und Irene Eichler, nahmen an der Vorstellung teil. Im Hause des Kampfbundes für deutsche Kultur wurde ihnen ein Empfang bereitet, bei dem der Vizepräsident der Reichspressekammer, Oberregierungsrat Raether, und Botschaftsrat Skorkowski von der polnischen Botschaft in Berlin Begrüßungsansprachen hielten. Der Film wurde von der Berliner Presse wohlwollend aufgenommen.

Die polnische Filmschauspielerin Pola Negri kehrte kürzlich aus Amerika nach Deutschland zurück, um hier ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen. Sie wurde von einer Berliner Filmgesellschaft für einen Film engagiert, der unter dem Titel „Mazurek" im Warschau der Jahre 1912—1915 spielt. Der Film wird unter der Regie von Willi Forst gedreht. Die Musik wird von dem Warschauer Ballettmeister Trojanowski geschaffen. Die Nachricht, daß Pola Negri wieder in Deutschland filmen werde, hat in verschiedenen Kreisen Bedenken erregt. Darauf erging eine amtliche Mitteilung, in der es heißt: „Gegen die Schauspielerin Pola Negri sind in der letzten Zeit in der Presse mehrfach schwere Anschuldigungen erhoben worden. Auf Befehl des Führers und Reichskanzlers sind diese Beschuldigungen geprüft worden, und es ist hierbei festgestellt worden, daß keinerlei Beweise für die Richtigkeit der gegen Frau Pola Negri erhobenen Vorwürfe erbracht werden konnten. Es liegt somit kein Grund vor, gegen die künstlerische Betätigung von Frau Pola Negri in Deutschland Stellung zu nehmen, um so mehr, als auch die Behauptung sich als unwahr erwiesen hat, daß Frau Pola Negri jüdischer Abstammung sei. Sie ist Polin, also Arierin."

Am 13. Februar hielt der bekannte polnische Schriftsteller und Generalsekretär der Polnischen Literaturakademie, Julius Kaden-Bandrowski, in der Alten Aula der Universität Berlin einen Vortrag über die Idee der Legionen und Marschall Pilsudski. Der Abend wurde von der Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas in Gemeinschaft mit dem Deutsch-Europäischen Kulturbund veranstaltet. Unter den Gästen befand sich auch ein anderer bekannter polnischer Schriftsteller, von Guttry.

## „Gewerkschaft deutscher Arbeiter in Polen."

Am 3. Februar hielten die „Christlichen Gewerkschaften" in Kattowitz eine außerordentliche Generalversammlung ab. Als Gäste waren Vertreter der anderen deutschen Gewerkschaften erschienen. Zweck der Generalversammlung war, eine Grundlage für die Vereinheitlichung aller deutschen Gewerkschaften Ostoberschlesiens zu schaffen. Es soll jetzt endlich versucht werden, das nachzuholen, was seinerzeit bei der Teilung Oberschlesiens nicht gelang, weil die weltanschaulichen und sonstigen Gegensätze zwischen den verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen zu stark waren. Es bestanden damals, wie der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaften, der Abgeordnete Jankowski, ausführte, fünf Gewerkschaftsrichtungen in Ostoberschlesien: drei deutsche und zwei polnische. Zwischen ihnen bestand eine Arbeitsgemeinschaft, deren Aufgabe es war, in den Fragen der Sozialpolitik, der Tarifverträge und der Arbeitsbedingungen in den Betrieben gemeinsam aufzutreten. Die Lage der Gewerkschaften war in der ersten Zeit nach der Teilung, als die Industrie Ostoberschlesiens eine günstige Entwicklung durchmachte, und in der Zeit der Hochkonjunktur von 1926—29 verhältnismäßig gut. Als aber der Niedergang der Industrie begann und die Massenentlassungen einsetzten, gerieten

die Gewerkschaften, die durch die Inflation ihr Vermögen verloren hatten, in Not. Im Juli 1933 wurde die Arbeitsgemeinschaft, die bis dahin eine gewisse Zusammenarbeit der deutschen mit den polnischen Gewerkschaften ermöglicht hatte, gelöst. Ein scharfer Wettbewerb der Gewerkschaften gegeneinander begann, wobei natürlich die eine, im Regierungslager stehende polnische Gewerkschaft vor den anderen einen beträchtlichen Vorsprung besaß. Die deutschen Gewerkschaften hatten mit fast unüberwindlichen Schwierigkeiten zu kämpfen. Durch die weltanschaulichen Verschiedenheiten, die sie voneinander trennten, wurde die wirkungsvolle Vertretung der berechtigten Interessen der von der Wirtschaftsnot besonders stark in Mitleidenschaft gezogenen deutschen Arbeiterschaft in ebenso empfindlicher wie überflüssiger Weise erschwert. Die deutschen Arbeiter begannen mit Recht und verstärktem Nachdruck, einen Zusammenschluß der deutschen Gewerkschaften zu fordern. Dieser Forderung konnten sich die deutschen Gewerkschaftsführer nicht mehr entziehen. Es kam zur Bildung eines Arbeitsblocks und zur Herausgabe eines gemeinsamen deutschen Gewerkschaftsorgans und zur Schaffung einer gemeinsamen Rechtsschutzstelle. Dann setzten die Beratungen der Führer der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen über die völlige Vereinheitlichung der deutschen Arbeitervertretungen ein. In diesen Beratungen wurde eine grundsätzliche Einigung erzielt. Man kam überein, unter Aufgabe der Selbständigkeit der einzelnen Gewerkschaften eine einheitliche „Gewerkschaft deutscher Arbeiter in Polen“ zu schaffen. Als erste der drei deutschen Gewerkschaftsrichtungen beriefen die Christlichen Gewerkschaften eine Generalversammlung ein, um zu dieser Übereinkunft Stellung zu nehmen. In der Generalversammlung am 3. Februar wurde die vorgeschlagene Namensänderung einmütig gebilligt. Die Freien und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften werden voraussichtlich binnen kurzem diesem Beispiel folgen. Damit wäre dann die Voraussetzung für eine einheitliche deutsche Gewerkschaft in Ostoberschlesien geschaffen.

## 300 reichsdeutsche Kinder nach Posen-Pommerellen eingeladen.

Am 6. Februar überbrachten Beauftragte der Jungdeutschen Partei in Polen im Auftrage der Parteileitung den für die Kinderverschickung maßgebenden Stellen in Berlin die Bereitschaftserklärung, 300 reichsdeutschen Kindern aus den Notstandsgebieten während der Sommermonate einen vierwöchigen kostenlosen Ferienaufenthalt bei jungdeutschen Bauern in Posen und Pommerellen zu gewähren. Der „Völkische Beobachter“ bemerkte hierzu: „Diese Tat echter Kameradschaft zeigt, daß bei unseren Volksgenossen außerhalb der Reichsgrenzen die nationalsozialistische Idee der inneren Verbundenheit aller Deutschen innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen sich siegreich durchsetzt. Dieser Schritt der Jungdeutschen Partei ist um so höher zu bewerten, als in ihrer Bewegung gerade sehr viel ärmere Volksgenossen organisiert sind, für die eine Durchführung dieses Planes ein wirkliches Opfer bedeutet. Eine Jungdeutsche Delegation stattete außerdem der polnischen Botschaft in Berlin einen offiziellen Besuch ab. Wir können gerade in diesem Zusammenhang feststellen, daß die Jungdeutsche Bewegung in Polen als Trägerin der nationalsozialistischen Idee durch dieses Verhalten die Rolle eines Mittlers übernommen hat und mit zur Festigung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Polen ihrerseits beiträgt.“

## Ein Liederheft für die deutsche Jugend.

Der bekannte Historiker Dr. Kurt Lück in Posen gibt im Verlag der Historischen Gesellschaft für Polen eine Liedersammlung heraus, die etwa 75 Volkslieder der deutschen Kolonisten Mittel- und Ostpolens enthalten soll. Diese Lieder wurden von Dr. Lück und R. Klatt gesammelt und sollen von der deutschen Jugend wieder aufgegriffen und weiter verbreitet werden. Diese Arbeit wird von der Jugend besonders freudig aufgenommen und das Heft wird seinen Weg in die deutschen Jugendgruppen finden.

## 40 Jahre „Przewodnik Katolicki“.

Der in Polen und auch unter den Auslandspolen stark verbreitete „Przewodnik Katolicki“ („Der katholische Führer“) kann auf ein 40jähriges Bestehen zurückblicken. Die Zeitschrift wurde am 17. Januar 1895 durch den damaligen Erzbischof von Gnesen-Posen Stablewski gegründet. Die Redaktion übernahm damals der junge Geistliche Josef Klos, der sie, bis auf eine kurze Unterbrechung während des Krieges, bis vor kurzem innegehabt hat. Die Zeitschrift hat die außerordentlich hohe Auflage von über einer Million.

## Schlag gegen das deutsche Genossenschaftswesen.

Mit der Neuordnung des Genossenschaftswesens in Polen verliert der „Verband der deutschen Genossenschaften in Kleinpolen“ mit dem Sitz in Lemberg das selbständige Revisionsrecht. Für etwa 100 000 Deutsche ist dieser Verband die einzige Organisation, die ihrem Volkstum die notwendige wirtschaftliche Hilfe gewährt. Diese völkische Hilfeleistung wird durch den zwangsweisen Anschluß an polnische Genossenschaftsverbände unmöglich gemacht, was ja wohl auch das Ziel der erwähnten Maßnahme ist. Der Verband hat einstimmig den Beschluß gefaßt, sich keinem nichtdeutschen Verbande anzuschließen. Er hat sich an die Regierung mit der Bitte gewandt, ihm das selbständige Revisionsrecht, das er bisher besessen hat, weiter zu lassen.

## Höhnischer Triumph.

Es wäre wohl angebracht, eine Bilanz der Entwicklung der nationalen Verhältnisse in der ostoberschlesischen Industrie für das Jahr 1934 aufzustellen. Ein Warschauer Blatt, die „Depesza“, enthebt einen der Mühe. In der Nummer vom 19. Januar hat dieses Blatt einen entsprechenden rückblickenden Artikel gebracht. Triumphierend und höhnisch wird festgestellt, daß es im vergangenen Jahre gelungen ist, das Deutschtum in der ostoberschlesischen Industrie zu zerbrechen. Dem Schreiber dieses Artikels beliebt es, in einer blumenreichen Sprache zu sprechen. Es ist darin viel vom „kämpferischen Deutschtum“, diesem ewigen Schreckgespenst der „Polska Zachodnia“-Leute, von der „zwangsweisen Germanisierung“ der polnischen Arbeiter, vom staatsgefährlichen deutschen „Spekulationskapital“ und anderen Dingen die Rede. Die „Depesza“ schreibt u. a.:

„Das Jahr 1934 war für die oberschlesische Industrie und gleichzeitig für ganz Oberschlesien ein Jahr der Entscheidung, umwälzend im eigentlichsten Sinn des Wortes. Denn in diesem Jahr wurde endgültig und wohl hoffentlich für immer der Einfluß zweier besonders charakteristischer Elemente dieser Industrie gebrochen, d. h. der Einfluß des kämpferischen Deutschtums und des banditenhaft spekulierenden Kapitals. Von dem einst herrschenden Deutschtum sind nur noch Trümmer übrig geblieben ... Wenn der alte Geheimrat Williger, der frühere langjährige Führer der oberschlesischen Industrie, der erst vor etwa drei Jahren auf alle seine Ämter verzichtet und Polen verlassen hat, wobei er sein Vermögen mit nach Deutschland nahm, um dort in der angenehmen und sympathischen Atmosphäre des totalen Staates und des Dritten Reiches ... zu leben — wenn Geheimrat Williger heute nach Oberschlesien zurückkäme und einen Gang durch sein früheres Königreich, durch die Gruben und Hütten, die Werkstätten und Büros ... unternehmen würde, wenn er an einer Sitzung der „Unja“ und der Polnischen Kohlenkonvention teilnehmen könnte, er würde seinen eigenen Augen und Ohren nicht mehr trauen. Er würde sich die Haare aus seinem grauen Haarschopf ausraufen, vor Verzweiflung beim Anblick dessen, was in so kurzer Zeit aus der von ihm und seinen Helfern so mühsam aufgebauten Festung des Deutschtums in Schlesien geworden ist. Von dieser Festung sind heute nur noch Trümmer übrig geblieben, auf deren völlige Beiseiteschaffung man sicherlich nicht mehr lange zu warten brauchen wird ... Das bedeutet nicht, daß es schon jetzt überhaupt keine Deutschen mehr gebe. Es gibt jedoch keine mehr ... in leitenden Posten. Indessen sitzen noch sehr viele, entschieden zu viele auf höheren, mittleren und kleineren Posten. Aber das sind nicht mehr die Deutschen von einst. Der Leib ist geblieben, aber der germanische Geist, der Geist des kämpferischen Kreuzrittertums, ist völlig verschwunden. Sie sind nicht mehr bestrebt, ja sie versuchen es nicht einmal mehr, polnische Arbeiter zu germanisieren und die unteren Beamten dazu zu zwingen, ihre Kinder in die deutsche Schule zu schicken. Die Deutschen herrschen nicht mehr in den Büros und Werkstätten, man hört in den Sitzungssälen und Korridoren nicht mehr ihr aufdringliches lautes Geplapper ...“ — Bezeichnender noch als der Inhalt ist der Ton, in dem dieser Artikel der „Depesza“ verfaßt ist. Den Artikel muß man sich merken!

## 8 Millionen Juden und Halbjuden in Polen.

Die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska“ beschäftigte sich kürzlich mit einer interessanten Frage. Es gebe in Polen, schreibt das Blatt, Menschen arischer Abstammung, die es fertigbringen, zum mosaischen Bekenntnis überzutreten. In Warschau habe es im Jahre 1934 zwölf solche Fälle gegeben; auch in anderen polnischen Städten hätten sich derartige Übertritte ereignet. Vor dem Kriege sei so etwas in Polen nicht möglich gewesen. (Damals war der Übertritt von Christen zum mosaischen Bekenntnis durch die russischen Gesetze verboten.) In diesem Zusammenhange läßt sich das Blatt auch über die Halbjuden aus, also über die mit Jüdinnen verheirateten Menschen arischer Abstammung, die Bastarde, die solchen Verbindungen entstammen, usf. Die Zahl dieser Halbjuden betrage etwa 4 Millionen, sei also etwa ebenso groß wie die Zahl der Volljuden. Demnach stütze sich die jüdische Frage in Polen auf etwa 8 Millionen Menschen. Wenn man diese Zahl und nicht nur die der mosaischen Juden berücksichtige, gewinne der Begriff des Judäa-Polen eine sehr ernste Bedeutung für das polnische Leben. Das polnische Element verhalte sich dann nämlich zum jüdischen nicht wie 22 zu 4, wie man gewöhnlich annehme, sondern wie 14 zu 8, d. h. wie 4½ zu 2. „Der gemeinsame Hundertsatz der Juden und Halbjuden gleiche daher, wenn die Annahme der Achtmillionenzahl stimmt, ungefähr dem Hundertsatz der Abessinier in Abessinien.“

## Polen nimmt nicht mehr am Europarundflug teil.

Der Polnische Aeroklub hat sich entschlossen, nicht mehr am Europaflug teilzunehmen. Diese Mitteilung hatte einiges Aufsehen erregt. Doch ist die Begründung, die dieser Absage an den Internationalen Luftsportverband gegeben wurde, einleuchtend: Man hält es für wichtiger, den Flugsport in die breiten Massen zu tragen, als bei internationalen Wettbewerben Spitzenleistungen zu produzieren. Der

Vorsitzende der polnischen Luftschutzliga, General Berbecki, erklärte: „Entspricht das allgemeine Niveau des Flugwesens in Polen auch nur annähernd unsere Spitzenleistungen? Nein. Auf die Frage, wieviel Städte und Städtchen in Polen Flugplätze besitzen, verlohnt sich überhaupt nicht einzugehen. Jede Stadt und jedes Städtchen muß in Zukunft seine Flugzeuge besitzen. An Stelle einiger siegreicher Flugzeuge müssen sich in Polen ganze Geschwader von Flugzeugen erheben.“ Polen zieht sich vom Europarundflug zurück, nachdem es zweimal gesiegt hat.

## Eine englische Wochenschrift in Warschau.

Unter diesem Titel „The Warsaw Weekly“ kommt in Warschau seit kurzem die erste Zeitschrift in englischer Sprache in Polen heraus. Sie wird von Gilbert Redfern, dem Warschauer Korrespondenten der Londoner „Times“, einem Amerikaner, geleitet, der früher einige Jahre lang Handelsrat der Warschauer amerikanischen Botschaft gewesen ist. Der Redaktion gehört ferner der Warschauer Schriftsteller Antoni Sobanski an, der frühere Korrespondent der „Times“ und des Reuter-Büros in Warschau. Aus dem Leitartikel der ersten Nummer, die am 10. Januar erschienen ist, geht hervor, daß die Wochenschrift in erster Linie für die Polen bestimmt ist, die die englische Sprache erlernen, daß sie darüber hinaus aber auch Propagandazwecken in der angelsächsischen Welt dienen soll.

## Danzigs neue Akademie.

Die Staatliche Akademie für praktische Medizin zu Danzig kündigt durch die Herausgabe ihres Vorlesungsverzeichnisses ihre Eröffnung an. Wenn sie auch eine Neugründung ist, so gründet sie sich dennoch auf Jahrhunderte alte Traditionen, denn Danzig war schon vor bald 4 Jahrhunderten die Stätte einer Gelehrtenschule, in der vor allem die Medizin einen besonderen breiten Raum einnahm. Es ist bereits mitgeteilt worden, daß das Studium an der Akademie für praktische Medizin in Danzig als Vorbereitung für das im Reich abzulegende Staatsexamen angerechnet wird, und zwar als sogenanntes „Ostsemester“. Damit ist vom Reiche her schon die Bedeutung umrissen, die der neuen Danziger Hochschule, die an die Seite der Technischen Hochschule tritt, zugemessen wird. Das Ziel der Akademie geht dahin, dem Arzt und dem Studierenden der Medizin eine Möglichkeit zu gründlicher, praktischer Ausbildung zu geben. Besonders wird betont, daß die klinische Vorlesung hinter dem praktischen Kurs an Bedeutung verliert; sie stellt gewissermaßen nur einen Leitfaden für die vorwiegend praktische Betätigung der Kursteilnehmer dar. Leitender Gedanke für den ganzen klinischen Unterricht ist die Forderung, nicht den Kranken zu einer großen Zahl von Studierenden in einen überfüllten Hörsaal zu führen, sondern den einzelnen Arzt und Studenten an das Krankenbett heranzuführen, um ihm hier Gelegenheit nicht nur zur Erkennung des Krankheitsbildes, sondern auch des kranken Menschen zu geben. Daher nehmen den größten Raum im Lehrplan auch die praktischen Übungen am Krankenbett sowie die praktischen Kurse an den theoretischen Instituten ein. Es versteht sich von selbst, daß an dieser Akademie, die die Pflegestätten der deutschen Heilkunst und ihrer Wissenschaft um eine vermehrt, allen klinischen und theoretischen Vorlesungen eine Vortragsreihe über Rassenhygiene und Bevölkerungspolitik vorangestellt wird.

## Die Aufgaben Breslaus als Hochschulstadt.

Der Rektor der Universität Breslau, Prof. Walz, sprach am 6. Februar auf einem Hochschulabend über die Aufgabe Breslaus als Reichsuniversität. Er führte dabei u. a. folgendes aus:

Mit Kiel und Königsberg zusammen sei Breslau zur Erfüllung besonderer Aufgaben von Reichs wegen bestimmt worden. Der Führer selbst habe Breslau unter den Reichsuniversitäten genannt, und der Reichserziehungsminister habe in Ausführung dieser Aufgabe bereits einige Schritte zur Verwirklichung getan. So seien bei der Reform der juristischen Fakultät Kiel, Königsberg und Breslau besondere Aufgaben überwiesen worden. Heute sei Breslau noch Landes- und nicht Reichsuniversität. Es sei jahrzehntelang vernachlässigt worden gegenüber der Mitte und dem Westen des Reiches. Eine Stadt wie Köln habe heute ein neues Universitätsgebäude einweihen können. Es sei notwendig, daß Gelder für solche Zwecke auch nach dem Osten flössen. Reichsuniversität bedeute, daß Breslau nicht mehr als Provinzuniversität gewertet werde. Gewiß verfügte es über Dozenten von Weltruf; aber sie müßten auch den entsprechenden Nachwuchs bekommen und die entsprechenden Forschungsinstitute und Lehrräume. Studenten aus dem Westen und aus dem Osten sollten nach Breslau strömen, während heute noch bestes Material es vorziehe, außerhalb Schlesiens zu studieren. Ein obligatorisches Ostsemester könne hier keinen Wandel bringen, sondern die Universität müsse durch ihre inneren Werte anziehungskräftig werden. Eine zweite Aufgabe sei das Heranziehen junger Deutscher aus dem Südosten nach Breslau. Gerade deutsche Volkstumsangehörige aus Polen, Rumänien, Südslawien und Ungarn hätten heute die Möglichkeit, in Breslau zu studieren, anstatt nach Wien und Innsbruck zu gehen. Sie müßten dann von Breslau als wertvolle Kulturträger wieder in ihre Heimat entsandt werden. Schließlich sei es eine große Aufgabe, auch Angehörige der fremden Völker in Breslau zu sammeln angesichts der Brückenkopfstellung, die Breslau für den Südosten zukäme. Zur Durchführung solcher Ziele bedürfe es der Aktivität an Ort und Stelle. Es handele sich hier nicht um Angelegenheiten eines Ressorts, sondern um eine Aufgabe allgemeinster kulturpolitischer und politischer Bedeutung. Bei der unbefriedeten Lage des Ostens und Südostens hätte der deutsche Geist heute eine Mission zu erfüllen. Es handele sich um eine Sache des gesamten Ostens und des Deutschtums.

## Ordensschloß Marienwerder — Gebietsführerschule der HJ.

Die ostpreußischen Ordensritterburgen sind zum großen Teil auch heute durchaus bewohnbar. Die großen Möglichkeiten, die sich bei der Ausdehnung der Räume und der massiven Bauweise ergeben, sind in den meisten Fällen bis heute noch nicht richtig ausgenutzt worden. Im Marienwerderer Ordensschloß ist zur Zeit das Amtsgericht untergebracht. Da die Westpreußische Landschaft am 1. April 1935 aufgelöst wird, besteht seit längerer Zeit die Absicht, das Amtsgericht in das Gebäude der Westpreußischen Landschaft zu verlegen. Zu gleicher Zeit beginnt, wie die Pressestelle des Gebietes 1 (Ostland) der Hitlerjugend mitteilt, ein umfassender Umbau des Ordensschlosses, in dem eine Gebietsführerschule der Hitlerjugend untergebracht werden soll. Etwa 50 bis 60 Räume stehen für Lehrlinge mit einer Teilnehmerzahl von annähernd 60 Mann zur Verfügung einschließlich eines großen Speisesaals, eines Aufenthaltsraumes und außerdem noch verschiedener Wirtschaftsräume. Die notwendigen Umbauten werden mit größter Rücksicht auf die ehrwürdige Tradition des Schlosses vorgenommen werden. Zum Teil werden Räume und alte übertünchte Wandmalereien wieder in ihren historischen Zustand zurückversetzt werden. Als Sportgelände für die Lehrgangsteilnehmer sind die Wiesen am Fuße der Burg und am Ufer der Alten Nogat vorzüglich geeignet. Die Einweihung der Gebietsführerschule wird voraussichtlich schon am 1. September 1935 stattfinden können. Die Ausdehnung des Ordensschlosses ermöglicht noch die Unterbringung einer Jugendherberge mit etwa 60 Lagern. Die Schulung in dieser einzigartigen Gebietsführerschule wird entsprechend der Tradition des Gebäudes besondere Aufgaben haben. Im Vordergrund der weltanschaulichen Schulung soll die innere Ausrichtung nach der strengen Grundhaltung des Ordens in Härte, Pflichterfüllung und Opferbereitschaft stehen. Ein weiteres wesentliches Schulungsgebiet wird hier die Erweckung des raumpolitischen Verständnisses und die Schulung in Ostfragen sein. Gerade dieses wird seinen besonderen Wert haben, wenn hier nicht nur ostpreußische, sondern auch die Hitlerjugendführer aus dem übrigen Reich in längeren Kursen geschult werden.

## Keine Trockenlegung des Frischen Haffs.

Die umfangreichen Bohrarbeiten im Frischen und Kurischen Haff und auf der Frischen und Kurischen Nehrung, mit denen im Jahre 1933 begonnen wurde, sind im Jahre 1934 zu Ende geführt worden. Bohrproben und Forschungsmaterial sind aus über 150 Tiefbohrungen und 350 Flachbohrungen zusammengekommen. Die Bohrungen dienten dem Zweck, die technischen, geologischen und sonstigen Bedingungen einer Trockenlegung des Haffs zu erforschen. Schon jetzt läßt sich sagen, daß eine Trockenlegung des gesamten Frischen Haffs auf einmal nicht in Frage kommen wird. Es kann sich nur darum handeln, die langsame Landgewinnung fortzusetzen, die schon jetzt im Westwinkel des Frischen Haffs, aber auch an anderen Stellen erfolgreich betrieben wird. Die Voraussetzungen für eine zweckmäßige Weiterführung dieser Arbeiten sind geklärt. Die Ergebnisse der Bohrungen haben größten Wert für die in vieler Hinsicht wichtige Erkenntnis der geologischen Verhältnisse in Ostpreußen. Die systematische Durchforschung von zwei so ausgedehnten Gewässern und ihres Untergrundes ist überhaupt erstmalig geschehen. Unter der Oberleitung der Wasserbaudirektion beim Oberpräsidenten in Königsberg haben bei dieser Arbeit die Preußische Geologische Landesanstalt in Berlin und das Geologische Institut der Universität Königsberg zusammengewirkt, wozu im Danziger Teil des Frischen Haffs die Mitarbeit der zuständigen Danziger Stellen kam. Die Bohrergebnisse werden zur Zeit in Königsberg, Berlin und Wesermünde wissenschaftlich ausgewertet. Sie werden chemisch und physikalisch untersucht, die Strömungsverhältnisse werden festgelegt und vielerlei einzelne geologische Feststellungen getroffen. Diese wissenschaftlichen Arbeiten werden in ihren Grundzügen bis Ende 1935 erledigt sein.

## Die Geschichte der Freikorps.

Der Verein für das Schlageter-Gedächtnismuseum in Essen hat die Aufgabe erhalten, die vorbereitenden Arbeiten für eine objektive Geschichtsschreibung über die Tätigkeit aller deutschen Freikorps im Baltikum, Grenzschutz Ost, in Posen, Oberschlesien, Mitteldeutschland, München, an Rhein und Ruhr, in Kärnten usw. durchzuführen. Die große Aufgabe ist nur mit ausgedehnter Kleinarbeit zu erfüllen. Die Archive müssen sich bereitwillig zur Verfügung stellen, ebenso wie die privaten Bibliotheken und Gemeindeämter. Aber auch jeder ehemalige Freikorpskämpfer muß sich an dieser Sammlung des Materials beteiligen. Bisher sind 150 000 Aktenbände über Freikorpskämpfe sichergestellt, zahllose Tagebücher und Tausende von Einzelberichten sind eingegangen. Die geschichtliche Mission der deutschen Freikorps soll für alle Zukunft unter einwandfreien Beweis gestellt werden.

# Bereitschaft zum Frieden.

## Die Deutschen in Polen.

Für den Deutschen Parlamentarischen Klub sprach in der Haushaltdebatte des Sejms am 7. Februar der Abg. von Saenger. Er benutzte diese vielleicht letzte Gelegenheit, die einem deutschen Abgeordneten gegeben war, vor einem polnischen Parlamente zu sprechen, dazu, noch einmal die schwierige Lage der deutschen Volksgruppe in Polen zu schildern. Die Tatsachen, die der Redner anführte, sind ein Beweis dafür, daß in den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen noch lange nicht alles so ist, wie es von Deutschland im Interesse eines wirklichen, dauerhaften Friedens nicht nur zwischen den beiden Staaten, sondern auch zwischen den beiden Völkern gewünscht wird:

„Durch das ganze abgelaufene Jahr hindurch haben wir uns bemüht, durch unmittelbare Vorstellungen für unsere Nöte und Leiden Verständnis bei den Behörden zu finden und Abhilfe zu erreichen. Vergeblich! Die Behörden ignorieren unsere Anträge und Bitten, und das in geradezu verletzender Form. Vor einem Jahr hat der ehemalige Senator Hasbach dem Herrn Innenminister ausführliche Memoriale vorgelegt, in denen unsere größten Nöte dargelegt wurden. Trotz mehrfacher Versprechen und Konferenzen im Innenministerium, in denen Hasbach auf die sachliche Erledigung seiner Vorstellungen drang, wurde die Angelegenheit bisher immer wieder hinausgeschoben. Der Abg. Franz wandte sich am 7. 11. 34 mit einem Schreiben an den Herrn Ministerpräsidenten mit der Bitte um Hilfe bei den in Oberschlesien erneut systematisch durchgeführten Massenentlassungen von Arbeitnehmern, die der deutschen Minderheit angehören, und die bei diesen maßloses Elend hervorrufen. Des weiteren wandte sich Abg. Franz an den Herrn Finanzminister mit Schreiben vom 6. 9. 34 und anderen Schreiben wegen offensichtlich ungerechter steuerlicher Belastung von Bürgern, die der deutschen Minderheit angehören. Auf keines dieser Schreiben hat der Vorsitzende unseres Klubs auch nur eine Antwort erhalten ...“

„Ich berühre nun die Lage der deutschen Minderheit in den Wojewodschaften Posen und Pommerellen. Diese Lage ist beklagenswert. Die Angehörigen der deutschen Minderheit werden fast auf jedem Gebiet benachteiligt und zurückgesetzt, abgesehen von einem Gebiet — der Steuerzahlung. Hier nehmen die Deutschen unbestritten eine bevorzugte Stellung ein. Außer den verschiedenen Krisenzuschlägen veranlagen ihnen die Steuerbehörden sozusagen im stillen noch einen „Minderheitszuschlag“. Von der Anstellung eines Deutschen im Staatsdienst ist natürlich keine Rede. Die wenigen Deutschen, die darin vornehmlich noch im Eisenbahndienst beschäftigt waren, wurden im letzten Jahr fast restlos entlassen. Neuerdings dehnen die Behörden ihre Beeinflussung auch auf Privatberufe aus. Durch Verweigerung von Waffenscheinen machen sie deutschen Privatförstern die weitere Ausübung ihres Berufes unmöglich, und das sogar bei Personen, die seit Jahrzehnten untadelhaft und mustergültig ihren Dienst versehen haben.“

„Die Benachteiligung des deutschen Großbesitzes durch die Agrarreform dauert an. Hierüber habe ich im Ministerium für Landwirtschaft und Agrarreform ein Memorial überreicht, das natürlich unberücksichtigt blieb. Dazu wird Deutschen der Landerwerb aus der Parzellierung sowie im freien Handel fast völlig unmöglich gemacht. Die Landkommissionen verweigern ihnen die Genehmigung dazu aus den fadenscheinigsten Gründen. Personen, die ihr ganzes Leben lang Landwirte waren, wird erklärt, sie hätten nicht die erforderliche landwirtschaftliche Befähigung. Aus den zahllosen Fällen, die ich alle belegen kann, greife ich eine besondere Blüte heraus. Ein Landwirt aus dem Kreise Znin beabsichtigt von einem Deutschen die Wirtschaft zu kaufen, deren Pächter er bereits seit fünf Jahren ist. Trotz Bescheinigung der Ortsbehörde über seine mustergültige Bewirtschaftung des Grundstücks verweigert man ihm die Kaufgenehmigung mit der Begründung, daß er nicht die Fähigkeit habe, ein Grundstück zu bewirtschaften.“

„Alle diese Schikanen werden jedoch weit übertroffen durch die Methoden, die bei der Anwendung des sogenannten „Vorkaufsrechts“ platzgreifen. In solchen Fällen, die sich häufig auf lange zurückliegende Transaktionen beziehen, verlangen die betreffenden Behörden noch eine besondere Entschädigung für die Nutzung des Grundstücks. In einem mir vorliegenden Fall verlangt das Wojewodschaftsamt Posen durch Exmissionsprozeß die Räumung eines im Jahre 1922 gekauften Grundstücks im Kreise Kolmar unter der Bedingung, daß der bisherige Besitzer als Entschädigung für die bisherige Nutzung eines Grundstücks im abgeschätzten Wert von 5150 Zloty einen Betrag von 3000 Zloty zahlt. Hierbei muß man bemerken, daß der Staatsschatz bisher auch nicht einen Groschen Auslagen hatte, für das Grundstück bisher nichts bezahlt hat, sondern nur von einer Rechtsformalität Gebrauch gemacht hat. Ein Privatmann, der ähnlich zu handeln versuchte, würde sehr schnell mit dem Gericht zu tun haben.“

„Und nun der traurigste Punkt: unser Schulwesen. Auf Grund der uns nach der Verfassung zustehenden Rechte haben wir im Laufe der Zeit eine gewisse Anzahl von Privatschulen gegründet, die unseren Kindern den Unterricht in unserer Muttersprache ermöglichen. Im Jahre 1932 wurde ein neues Gesetz über die Privatschulen geschaffen, von dem man sagte, daß es die Privatschulen auf eine sichere Rechtsgrundlage stellen sollte. Dieses Gesetz für die Privatschulen wird leider durch die bei uns allmächtige Verwaltungspraxis in ein Gesetz gegen die Privatschulen umgewandelt. Wie immer, findet sich ein formeller Anhalt, um der deutschen Minderheit das Leben schwer oder, wenn es geht, unmöglich zu machen, und wenn der Anhalt noch fehlt, so wird er geschaffen. Das Gesetz über die Privatschulen vom 11. 3. 1932 verlangt im § 2 für die Schule ein geeignetes Lokal. Diese durchaus verständliche Bestimmung erläutern die Ausführungsbestimmungen vom 7. 6. 1932, § 10, dahin, daß über die Eignung die Wojewodschaftsbehörde zu entscheiden habe, ohne daß über die Bedingungen der Eignung irgendetwas näheres gesagt wird.“

„Und nun beginnt die deutschfeindliche Bürokratie zu arbeiten. Der Minister für Unterricht und Religionsangelegenheiten hat im Jahre 1925 sogenannte „Projekte“ herausgegeben, die bei Neubauten von Staatsschulen maßgebend sein sollen und geradezu den Gipfelpunkt neuzeitlicher Bauweise darstellen.... Schulen werden geschlossen, Umbauten in größter Zahl werden verlangt und die vorgenommenen Neubauten nicht als ausreichend anerkannt. Ich wage zu behaupten, daß die auf diesem Gebiet in der Wojewodschaft Posen herrschenden Zustände das größte und schwerste Unrecht darstellen, das man uns überhaupt zufügen kann. Ich gebe zu, daß diese und ähnliche Mißbräuche in der Posener Wojewodschaft sich teilweise dadurch ausbreiten konnten, daß dort jede feste Leitung fehlte und die Stellung des Wojewoden gewisse Zeit überhaupt unbesetzt war. Die offensichtlichsten Mißbräuche dürften dort — so hoffe ich — unter der Leitung des neuen Wojewoden, der sich sofort tatkräftig den wichtigsten Fragen zuwandte, verschwinden. Aber die ganze so eminent wichtige Frage der Behandlung der deutschen Minderheit kann nicht von der Stimmung irgendwelcher Ämter abhängig sein, sondern verlangt eine offene, ehrliche und grundsätzliche Klarstellung von seiten der höchsten Staatsbehörden.“

Der Redner begrüßte die deutsch-polnische Annäherung aufs wärmste. Er hob aber hervor, daß diese Annäherung nicht gedeihen könne, „wenn nicht auch die Belange der beiderseitigen Minderheiten die großherzigste Befriedigung finden“. Er wandte sich an den polnischen Außenminister mit der Bitte, daß dieser seine ganze Autorität bei den anderen Staatsbehörden dafür einsetze, daß die feierlichen Zusagen erfüllt werden, die er seinerzeit, als er in Genf die polnische Mitarbeit am internationalen Minderheitenschutz aufsagte, hinsichtlich der Behandlung der fremden Volksgruppen in Polen gemacht hat. Dann fuhr er u. a. fort:

„Glauben die Behörden, daß es ihnen gelingen gelingen könnte, durch irgendwelchen Druck die Deutschen zu Renegaten zu machen und ihnen das heiligste Gut zu rauben, das sie besitzen, ihre deutsche Sprache und ihre völkische Eigenart? Allen denen, die darauf rechnen, antworte ich im Namen aller Deutschen in Polen auf diese Zumutung mit zwei Worten: Nein, niemals! Angesichts dieser klaren Sachlage kann es nur die wohlverstandene Aufgabe unserer Regierung sein, die Deutschen durch Gewährung aller ihnen zustehenden Rechte und durch gerechte Behandlung aufs engste mit dem polnischen Volke und dem polnischen Staat zu verknüpfen. Und im Namen dieser Deutschen erkläre ich zugleich: Wir werden dann mit aller Aufrichtigkeit dem polnischen Staat dienen und werden uns in Treue und Opferwilligkeit gegenüber dem Staat von keinem anderen Bürger übertreffen lassen... Machen Sie Frieden mit der deutschen Minderheit, lassen Sie uns auf dieser unserer Heimaterde wohnen als Freunde, alle verbunden durch den gemeinsamen Wunsch, für das Land und seine Wohlfahrt zu arbeiten. Sie werden als Gegenleistung den Dank und die Zuneigung dieser Minderheit erhalten und damit das Fundament des ganzen Staates immer noch fester begründen.“

## ... und die Ukrainer.

Einen ganz anderen Ton als der deutsche Redner schlug der Vertreter der Ukrainer, der Abg. Lewicky, an. Er folgte der Aufforderung des polnischen Innenministers, den ukrainischen Standpunkt zu erläutern, mit aller Offenheit. Er führte u. a. aus:

„Die ukrainische Nation will nicht ein Objekt sein, auf deren Kosten die Großmachtstellung Polens errichtet werden soll. Wir verlangen die Zuerkennung aller derjenigen Rechte, die einer bewußten Nation zukommen, und wir meinen, daß die entsprechendste Form der Realisierung dieser Rechte die territoriale Autonomie ist.“ Der Redner besprach dann die bisher aufgetauchten Pläne bezüglich einer Lösung der ukrainischen Frage. Manche ukrainischen Politiker, sagte er, hätten eine Lösung dieser Frage in der Vereinigung mit Rußland, und zwar auf der Grundlage der Gleichberechtigung, gesehen. Die jetzige Politik der Sowjets mache jedoch derlei Illusionen ein Ende, und es sei festzustellen, daß die pro-russischen Tendenzen unter den Ukrainern beinahe überall bankrott gemacht hätten. „Der andere Plan setzt als Ziel die Erlangung eines eigenen Staates, dessen Zentrum Kiew zu sein hätte. Die Errichtung eines solchen Staates liegt im Interesse Europas, das doch darauf bedacht sein muß, seine Zivilisation vor dem Untergange zu retten, was nur durch die Schwächung der Sowjets geschehen kann. Der Augenblick nähert sich, wo die Sowjets isoliert sein werden... Polen wird genötigt sein, dazu Stellung zu nehmen. Hier müßten sich die Interessen der polnischen Nation und der ukrainischen Nation zusammenfinden... Entweder werden unsere berechtigten Forderungen erfüllt, und dann werden die beiden Nationen einen gemeinsamen Weg zu ihrem Glücke gehen — oder jede der beiden Nationen wird getrennt ihren eigenen Weg verfolgen.“

# Zwei Sprachengesetze.

Der Sprachenkampf, der eben in Finnland tobt, hat in der ganzen skandinavischen Welt leidenschaftlichen Widerhall gefunden, weil die nordischen Völker die Sache der bedrängten Finnlandschweden als eigene ansehen und den Ansturm auf die schwedische Sprache als gegen sich gerichtet betrachten. Ähnliche Vorgänge bei zwei anderen Anliegerstaaten der Ostsee, in Lettland und Estland, die sich gegen die deutsche Sprache richten, verdienten, in der reichsdeutschen Öffentlichkeit zum mindesten bemerkt zu werden.

Die Stellung der deutschen Sprache im Baltikum entspricht mutatis mutandis der des Schwedischen in Finnland: sie war stets und ist auch heute noch die Muttersprache eines zahlenmäßig schwachen, aber seiner geschichtlichen und kulturellen Bedeutung nach wesentlichen Teiles der Landesbevölkerung. Darüber hinaus war die deutsche Sprache in den baltischen Landen bis gegen Ende des XIX. Jahrhunderts die alleinige Verwaltungssprache, dazu die herrschende Umgangs- und Verkehrssprache in Stadt und Land. Vom adligen Grundherrn bis zum städtischen Kleinbürger bediente sich jedermann der deutschen Sprache. Zum mindesten waren die meisten Landeseinwohner, und nicht nur allein die Deutschblütigen, dieser Sprache kundig. Eine Ausnahme bildete der Bauer, der stets nur seine heimatliche Mundart kannte, also entweder lettisch oder estnisch. Es sind kaum mehr als 50 Jahre her, da waren lettisch und estnisch noch vollkommen unentwickelte Idiome. Bis auf Bibel und Gesangbuch war kaum ein Schrifttum vorhanden. Die Grammatik beider Sprachen, die ersten Literaturdenkmäler sind ausnahmslos von im Lande lebenden Deutschen, meist von Landgeistlichen, geschaffen worden. Was beide Völker heute an altem Sagen- und Märchengut besitzen, verdanken sie der hegenden und aufzeichnenden Sorgfalt eben dieser deutschen Heimatgenossen. Es sind noch keine 15 Jahre her, daß an den Hochschulen Dorpat und Riga in estnischer bzw. lettischer Sprache gelehrt wird; eine wissenschaftliche Literatur ist über die ersten Anfänge noch kaum hinausgekommen, das schöngeistige Schrifttum mehr als dürftig. Was beide Völker heute an Kultur besitzen, ist nicht auf eigenem geistigen Nährboden gewachsen, sondern ist Einfuhrgut aus dem nordisch-germanischen Kulturkreis, vermittelt durch das Medium der deutschen Sprache. Heute sind Esten und Letten allerdings nicht mehr die reinen Bauernvölker, die sie noch vor 1914 waren, sie befinden sich auf dem Wege dazu, in der sozialen Schichtung den älteren europäischen Nationen ähnlicher zu werden. Wenn es bei Letten und Esten heute üblich geworden ist, die deutsch bedingte geschichtliche und kulturelle Grundlage ihres gesamten völkischen Daseins und Soseins entweder stur und gegen bessere eigene Einsicht abzuleugnen oder mindestens als wesensfremde, schädigende Überlagerung in Grund und Boden zu verdammen und den heute noch spürbaren geistigen Einfluß der deutschen Heimatgenossen als überlästige Fessel zu empfinden und Mittel und Wege zu suchen, um diese Beeinträchtigung schnellstens abzustellen, so erklärt sich das wohl durch Rückgefühle, wie sie bei Völkern dieser Art häufig anzutreffen sind. Wenn man auch zugeben muß, nicht eben zu den weltentscheidenden Großmächten zu gehören, so will man es doch um jeden Preis den großen abendländischen Nationen auf geistigem Gebiet gleichtun und übersieht, daß dazu noch die Voraussetzungen fehlen.

Die neuerlassenen Sprachengesetze Lettlands und Estlands bewegen sich ganz und gar auf der soeben skizzierten Linie. Es sind ausgesprochene Kampfgesetze. Die Verbreitung der deutschen Sprache soll unterbunden werden, vor allen Dingen aber will man den eigenen Sprachen zu der „ihnen gebührenden" Stellung verhelfen und die weitere angebliche Bedrohung und Infragestellung dieser Position durch die deutsche Sprache wirksam verhindern. Mag man deutschbaltischerseits die Hintergründe der neuen Gesetze auch vollkommen übersehen, mag man ferner auch erkennen, daß die Grobschlächtigkeit der Maßnahmen in keinem rechten Verhältnis zu einer etwa vorhandenen Bedrohung durch die deutsche „Fremdsprache" steht, so wird der schmerzhafte Eingriff in eines der heiligsten und unveränderlichsten Rechte der baltischen deutschen Volksgruppen, in das Recht des freien und uneingeschränkten Gebrauches der Muttersprache dadurch nicht weniger empfindlich. Die Verfassungen beider Staaten enthalten die Bestimmung, daß keinem Staatsbürger aus seiner Volkszugehörigkeit ein Schaden erwachsen darf. Ist eine schwerere Schädigung denkbar, als die gewaltsame Behinderung im Gebrauch der eigenen Volkssprache? Dem Inhalte nach sind die Bestimmungen der beiden Gesetze einander sehr ähnlich, sei es, daß sich die innerhalb des Baltischen Bundes angestrebte „Rechtsangleichung" hier bereits ausgewirkt hat, sei es, daß der Gesetzgeber in beiden Fällen aus einer völlig gleichgeschalteten Mentalität heraus vorgegangen ist. Das estländische Sprachengesetz ist auf Grund einer im November vorigen Jahres erlassenen Rahmenverordnung am 3. Januar vom Innenminister verkündet worden. Es tritt am 1. April 1935 in Kraft. Sein Inhalt ist im wesentlichen folgender: Öffentliche Anzeigen, Bekanntmachungen, Plakate, Firmenschilder, die gesamte Reklame muß in estnischer Sprache gehalten sein. Die Programme aller öffentlichen Schaustellungen, Theaterreklamen, Texterläuterungen und Eintrittskarten für alle öffentlichen Veranstaltungen müssen estnisch gedruckt sein. Bei öffentlichen Filmvorführungen dürfen nur estnische Texte gezeigt werden. Ferner müssen alle Darbietungen in Gaststätten, Kabaretts, Cafés oder ähnlichen Betrieben ausschließlich in estnischer Sprache zum Vortrag gelangen. Ausnahmen sind nur mit jedesmaliger ausdrücklicher Genehmigung des Innenministers zulässig. Die Geschäftsführung in den Kanzleien der öffentlichen und privaten Lehranstalten, der Heilstätten, Theater und sonstigen Zweckanstalten muß estnisch sein. Das gleiche gilt für den gesamten Schriftverkehr solcher Anstalten. Eine Ausnahme bildet nur der Schriftwechsel mit dem Auslande. Fremdsprachige (lies: deutsche) Bezeichnungen von estländischen Orten oder Straßen dürfen nur in historischen Abhandlungen gebraucht werden und auch nur dann, wenn der betreffende Ort oder die betreffende Straße historisch behandelt werden. Verstöße gegen das Sprachengesetz werden mit Haft bis zu einem Monat oder Geldpön bis zu 100 Kronen bedroht.

In denselben Tagen, in denen das estländische Sprachengesetz das Licht der Welt erblickte, erschien auch in Lettland ein solches Gesetz. Dessen wesentlichste Bestimmungen treten gleichfalls am 1. April 1935 in Kraft und lauten: Alleinige Staatssprache ist das Lettische. Sein alleiniger Gebrauch ist bei allen staatlichen und kommunalen Stellen sowie auch bei allen privaten Unternehmungen öffentlich-rechtlichen Charakters obligatorisch. Im Schriftwechsel dieser Stellen und in den an lettländischen Schulen zugelassenen Lehrbüchern ist ausschließlich nur die estnische Schrift zu gebrauchen (statt der bisher häufig angewandten gotischen Schrift). Nur in Gemeinden, in denen mehr als die Hälfte der Bevölkerung nichtlettischer Volkszugehörigkeit ist, kann mit Genehmigung des Innenministers die Sprache einer Volksgruppe zugelassen werden. (Diese Vergünstigung ist praktisch wertlos, da es Gemeinden mit mehr als 50 v. H. deutscher Einwohner in Lettland nicht gibt.) In geschlossenen Versammlungen, bei gottesdienstlichen Handlungen, in der Presse, in Büchern, in Lehr- und Erziehungsanstalten kann innerhalb der bestehenden Gesetze und Verordnungen außer der lettischen auch jede andere Sprache frei gebraucht werden. In öffentlichen Versammlungen, bei öffentlichen Aufführungen und Vorführungen können fremde Sprachen dagegen nur mit besonderer Bewilligung des Innenministers Anwendung finden. Schriftliche Verträge jeder Art, Urkunden, Wechsel, Schulddokumente haben nur dann gesetzliche Kraft, wenn sie in lettischer Sprache abgefaßt sind. Gewerbliche und kaufmännische Betriebe haben sich in Buchhaltung und Briefwechsel allein der lettischen Sprache zu bedienen, soweit solche zu öffentlicher Rechenschaftsablegung verpflichtet sind. Andere Betriebe können als Geschäftssprache auch eine andere Sprache verwenden, behördlicherseits werden indessen nur lettisch abgefaßte Schriftstücke als Urkunden anerkannt. Öffentliche Bekanntmachungen, als da sind: Firmenschilder, Programme, Plakate, Lichtreklamen, Preisanzeigen, ferner Warenetiketts und Handelsmarken müssen lettisch lauten. Die Stempel und Siegel aller Stellen, Organisationen und Betriebe, auch der Angehörigen freier Berufe (Ärzte, Rechtsanwälte, Notare) dürfen nur lettische Inschriften zeigen. Wird mit jedesmaliger besonderer Genehmigung des Innenministers ausnahmsweise in solchen Fällen eine Fremdsprache gebraucht, so muß trotzdem der lettische Text voranstehen. Lettländische Ortsbezeichnungen dürfen nur in der Staatssprache angewandt werden. Staatliche und kommunale Dienststellen haben auch im Verkehr mit dem Auslande nur dann eine Fremdsprache zu gebrauchen, wenn Bestimmungen des internationalen Rechtes oder internationale Gebräuche das verlangen. Übertretungen des Gesetzes werden mit Polizeistrafen bedroht, und zwar mit Haft bis zu drei Monaten und Geldpön bis zu 1000 Lat.

Inhaltlich und in der Tendenz sind beide Gesetze völlig gleich bis auf kleine Abweichungen, die durch den Unterschied im Volkscharakter zu erklären sind. So, wenn der Lette weit härtere Strafandrohungen für erforderlich hält, als der Este. Einen Kampf bis aufs Messer gegen die deutsche Sprache im baltischen Raum bedeuten beide.

Rbs.



# Aus dem polnischen Wirtschaftsleben.

### Starke Verschiebungen in der polnischen Kohlenausfuhr.

In der „Danziger Wirtschaftszeitung“ wurde eine Übersicht über die Entwicklung der polnischen Kohlenausfuhr während der letzten vier Jahre veröffentlicht. Danach gingen (in 1000 To.) nach:

| Absatzgebiete | 1931 | 1932 | 1933 | 1934 |
|---|---|---|---|---|
| Österreich | 1 932 | 1 330 | 1 166 | 1 008 |
| Ungarn | 297 | 15 | 6 | 9 |
| Tschechoslowakei | 734 | 514 | 264 | 348 |
| Schweden | 3 277 | 2 744 | 2 371 | 2 250 |
| Norwegen | 868 | 917 | 829 | 425 |
| Dänemark | 2 032 | 1 412 | 777 | 530 |
| Finnland | 577 | 366 | 439 | 155 |
| Lettland | 459 | 106 | 92 | 10 |
| Frankreich | 1 112 | 769 | 940 | 982 |
| Belgien | 226 | 155 | 200 | 510 |
| Holland | 132 | 116 | 129 | 235 |
| Irland | — | 154 | 477 | 868 |
| Schweiz | 124 | 101 | 99 | 128 |
| Italien | 883 | 837 | 998 | 1 698 |
| Algier | 72 | 83 | 125 | 150 |
| Freie Stadt Danzig | 303 | 255 | 294 | 324 |
| Andere Länder | 494 | 194 | 180 | 394 |
| Bunkerkohle | 804 | 294 | 317 | 396 |
| Zusammen | 14 326 | 10 362 | 9 703 | 10 410 |

Bei der Durchsicht dieser Zusammenstellung fallen die bedeutsamen Verschiebungen in der Richtung der polnischen Kohlenausfuhr sofort in die Augen. Die Ausfuhr in die Donauländer, die für Polen am lohnendsten ist, ist stark zusammengeschrumpft. Ungarn kommt als Abnehmer polnischer Kohlen seit 1932 nicht mehr in Frage. Österreichs Einfuhr an polnischer Kohle ist von 1,9 auf 1,0 Mill. Tonnen zurückgegangen. Und auch die Tschechoslowakei hat 1934 nicht mehr die Hälfte von dem aufgenommen, was sie noch 1931 einführte. Am stärksten ist der polnische Kohlenexport in die nordischen und baltischen Länder gesunken. Schweden, das auch heute noch der weitaus wichtigste Abnehmer ist, weist einen Rückgang um etwa 1 Mill. Tonnen auf. Norwegens Kohleneinfuhr aus Polen ist auf die knappe Hälfte, diejenige Dänemarks und Finnlands auf etwa ein Viertel und diejenige Lettlands auf einen ganz unbeträchtliche Menge zusammengeschrumpft. Einen Rückgang hat schließlich auch der Kohlenexport nach Frankreich aufzuweisen. Im ganzen hat die Kohlenausfuhr Polens nach den bisher erwähnten Ländern im Jahre 1931 11,3 Mill. und 1934 nur 5,7 Mill. Tonnen betragen. (Deutschland führt, abgesehen von verhältnismäßig geringen Mengen, die vom ost- ins westoberschlesische Industriegebiet gehen, keine polnischen Kohlen ein.) Die Einbußen, die Polen auf den erwähnten Absatzmärkten erlitten hat, sind durch eine forcierte Ausfuhr nach anderen Ländern nur zum Teil ausgeglichen worden. Es handelt sich dabei (abgesehen von Danzig) durchweg um weiter entfernte Märkte, in die die polnische Kohle nur zu Schleuderpreisen einzudringen vermochte. Gestiegen ist die Kohlenausfuhr Polens nach Belgien, Holland und Irland, nach der Schweiz, Italien, Algier und nach Übersee. Die Ausfuhr nach all' diesen Ländern hat 1934 etwa 41 v. H. der gesamten Kohlenausfuhr betragen, im Jahre 1931 dagegen erst etwa 15 v. H. Der Anteil der nordischen und baltischen Länder (ohne Danzig) ist von 1931 bis 1934 von 50 v. H. auf 32 v. H., der Anteil der Donauländer von 21 v. H. auf 13 v. H. zurückgegangen. Gegenüber 1931 ist die polnische Kohlenausfuhr im Jahre 1934 um fast 4 Mill. Tonnen gesunken; im Vergleich zu 1933 ist im vergangenen Jahre allerdings eine gewisse Besserung festzustellen, die jedoch fast ausschließlich auf das Konto der west-, süd- oder außereuropäischen Länder zu setzen ist.

### Die polnische Agrarausfuhr 1934.

Nach den Angaben des Warschauer Statistischen Hauptamtes hat die Ausfuhr von Agrarprodukten aus Polen im Jahre 1934 betragen (I = 1000 Zloty; II = Tonnen, bzw. bei Gänsen Stück):

| Warenart | I | | II | |
|---|---|---|---|---|
| | 1933 | 1934 | 1933 | 1934 |
| Weizen | 8,466 | 14 483 | 41,929 | 79,134 |
| Roggen | 39,312 | 44,337 | 366,218 | 454,476 |
| Gerste | 18.446 | 35,888 | 145,474 | 265,192 |
| Hafer | 2,263 | 3,064 | 15,380 | 25,536 |
| Erbsen | 7,839 | 4,507 | 26,966 | 14,472 |
| Bohnen | 4,384 | 3 016 | 13,286 | 7,680 |
| Wicken, Peluschken | 3,138 | 3,061 | 15,256 | 16,164 |
| Kleesaaten | 11,675 | 8,692 | 8,498 | 5,561 |
| Zuckerrübensamen | 6,572 | 8,478 | 6,532 | 6,781 |
| Ölsamen, -Kerne u. -Früchte | 6,947 | 4,480 | 11,818 | 8,408 |
| Weizenmehl | 1,449 | 2,128 | 7,894 | 16,441 |
| Roggenmehl | 2,911 | 8,846 | 23,821 | 99,008 |
| Eier | 33,621 | 23,453 | 23,505 | 21,230 |
| Butter | 4,460 | 8,917 | 1,609 | 4,436 |
| Gänse | 5,435 | 3,428 | 1,250,317 | 627,982 |

Demnach haben dem Werte nach Roggen, Gerste und Eier bei weitem an erster Stelle gestanden. Bemerkenswert ist der Rückgang der Gänseausfuhr um etwa die Hälfte bei besseren Preisen. Die Butterausfuhr ist der Menge nach auf das 2,8fache, dem Werte nach jedoch nur auf das Doppelte gestiegen. Die Eierausfuhr ist mengenmäßig um etwa ein Zehntel, wertmäßig aber um ein knappes Drittel gesunken. Fast durchweg sind die Ausfuhrpreise für die aufgeführten landwirtschaftlichen Erzeugnisse 1934 im Vergleich zum Vorjahre zurückgegangen.

# Der Kampf um die Autonomie der Wojewodschaft Schlesien.

Der Kampf um die Autonomie der Wojewodschaft Schlesien geht seinem Höhepunkt entgegen. Die offiziöse „Gazeta Polska“ hat die bevorstehende Aufhebung der Autonomie angekündigt. Das Regierungslager in Ostoberschlesien betreibt eine heftige Propaganda gegen die weitere Beibehaltung der autonomen Rechte des ehemals deutschen Gebietes. Die „Polska Zachodnia“, das Organ des Kattowitzer Wojewoden, berichtete am 11. Februar über eine Versammlung, die in der Aula der Technischen Lehranstalten in Kattowitz stattfand und in der etwa 1 500 Vertretern regierungsfreundlicher Organisationen aus der ganzen Wojewodschaft Informationen für den weiteren Propagandakampf gegen die Autonomie erteilt wurden. In dieser Versammlung wurden einige Entschließungen gefaßt, in denen folgende Hauptforderungen aufgestellt wurden:

„Beseitigung der politischen Auswüchse, und Begrenzung der Souveränitätsmacht des schlesischen Sejms, der zu einem Tummelfelde volksschädigender politischer Demagogie geworden sei; Aufhebung der Immunität der Abgeordneten; Beseitigung der Abgeordnetendiäten; Umbau der provinziellen Vertretungskörperschaft in der Weise, daß sie positive Arbeit für das Wohl des schlesischen Volkes leisten könne, indem in ihr die wirtschaftlichen Gruppen und Organisationen vertreten wären; die finanzielle Selbstverwaltung der Wojewodschaft soll aufrecht erhalten bleiben.“

In der Versammlung, in der diese Entschließungen gefaßt wurden, sprachen u. a. der Vorsitzende des Aufständischenverbandes Lortz, der den Inhalt seiner Rede zum Schluß in die kategorische Forderung zusammenfaßte: „Weg mit der Autonomie in der gegenwärtigen Form!“, der Vorsitzende der Regierungsfraktion im Kattowitzer Sejm, Witczak, und schließlich der Vorsitzende des polnischen Frontkämpferverbandes, General Gorecki. Örtliche Versammlungen mit gleicher Tendenz finden täglich in den verschiedenen Orten Ostoberschlesiens statt. Eine dieser Versammlungen in Rybnik wurde nach dem Bericht der „Polska Zachodnia“ mit der „Rota“, dem bekannten deutschfeindlichen Haßgesang, geschlossen. — Auch die Korfanty-Partei ist nicht müßig. Auch auf dieser Seite finden Versammlungen statt, in denen scharf gegen die Regierungspartei agitiert und die Beibehaltung der autonomen Rechte der schlesischen Wojewodschaft verlangt wird. Die „Polonia“, das Organ Korfantys, verficht in langen Artikelserien die Autonomie und beschuldigt in ziemlich unverhüllter Form deren Gegner des Rechtsbruchs. Aufsehen erregt hat das Vorgehen des christlich-demokratischen Marschalls des schlesischen Sejms, des Rechtsanwalts Wolny. Dieser hat gegen den Wojewoden Grazynski und den verantwortlichen Schriftleiter der „Polska Zachodnia“ Beleidigungsklage erhoben. Der Klage liegen folgende Tatsachen zugrunde: Wolny hatte in einer seiner Erklärungen im Schlesischen Sejm u. a. gesagt: der polnische Unterhändler, Minister Olszewski, habe seinerzeit dem Präsidenten Calonder im Verlauf der Verhandlungen, die zum Abschluß des Genfer Abkommens führten, eine französische Übersetzung des Statuts für die Wojewodschaft Schlesien zum Beweis dafür überreicht, daß Polen entschlossen sei, alle Rechte Schlesiens zu garantieren, und daß Änderungen ohne Einwilligung des Schlesischen Sejms nicht stattfinden könnten. Auf diese Äußerung Wolnys hatte dann der Wojewode in seiner Rede vor dem Aufständischenverband am 23. Januar offenbar angespielt, als er die jetzige Opposition mit jenen „Wühlern und Verrätern“ verglich, die in den innenpolitischen Kämpfen Polens am Ende des 18. Jahrhunderts sich heuchlerisch auf die Grundsätze der Freiheit beriefen und in den Schutz fremder Mächte begaben. So habe jetzt, hatte Grazynski gesagt, einer der Oppositionsabgeordneten im Schlesischen Sejm sich in der Angelegenheit des schlesischen Statuts auf internationale Instanzen berufen, obwohl dies ausschließlich eine Angelegenheit Polens sei (?) und außer Polen niemand dabei das Recht habe, das Wort zu ergreifen (?). In diesen Worten sieht nun der Sejmmarschall Wolny eine gegen ihn gerichtete persönliche Beleidigung. Wenn dieser Prozeß zum Austrag kommen sollte, würde er wahrscheinlich eine interessante Erörterung des Autonomieproblems bringen.

# Winter in Bayerns Ostmark.

Lange schon trägt „König Arber", der auf dem Hochthron der bayerischen Ostmark die Wacht vor'm Böhmerwald hält, die weiße Krone. Und längst schon prangen auch Lusen, Rachel und Dreisessel im Silberkleid, eine dicke Schneedecke verhüllt die „Brüste der Mutter Gottes", die beiden Ossergipfel, die Hänge des Hohen Bogen, des Keitersberges, des Dreitannenriegels und des Sonnenwalds glitzern weiß vom Kamm bis ins Tal hinab. Weiß, reich und weich ist jetzt überall der karge, harte Grenzlandboden, dem der Waldler im zähen Kampf sonst kaum das Korn zum täglichen Brote abringt; er ist ein einziger Teppich, ausgebreitet für alle Winterfreunde, die von Furth i. W. bis Passau, am „Deutschen Eck im Osten", von Kötzting bis Regen, von Gotteszell bis Grafenau, mit den Brettln über ihn gleiten oder sich unseren letzten großen Urwald erwandern in stiller Entdeckerlust. Einer riesigen Front von Schneemännern gleich, schützen Deutschlands höchste Tannen den Wall der Berge, die die 1000-Metergrenze beträchtlich überragen und schon in den mittleren Lagen sichere Schneeverhältnisse und ein glänzendes Fahrten- und Wandergelände bieten.

Bereits im lieblichen Oberpfälzer Wald, der dem Bayerwald im Norden vorgelagert ist, kann sich der Sportler schulen, denn er findet hier und im schneereichen Steinwald in Höhen von über 900 Meter ein ausgezeichnetes Gelände für Übungs- und Tourenfahrten. Weite, freie, lichte Hänge am Fahrenberg, im Wildenreuther Bergland und vor allem im Silberhüttengebiet, hart an der tschechischen Grenze, das die beste Schneelage bis tief ins Frühjahr hinein hat, beherrschen hier das Winterbild. Als Ausgangspunkt kann Waldthurn, mit Rodelbahn und Sprungschanze; Friedenfels im Steinwaldgebiet (940 Meter) mit dem Marktredwitzer Haus, Floß und Flossenbürg mit den Touren zum 850 Meter hohen Grenzkamm gelten. Das hier oben vom Oberpfälzer Waldverein neuerbaute und geleitete, ganz modern eingerichtete Hermann-Esser-Schutzhaus auf der Silberhütte stellt auch verwöhntere Gäste zufrieden.

Dort, wo sich die Täler und Berge des Oberpfälzer Waldes mit denen des Bayerischen Waldes vereinen, liegt die mehr als tausendjährige Trutzveste gegen Ottokar von Böhmen und die Hussitten, Waldmünchen, malerisch terrassenförmig an sanften Berghang gelehnt. Ein herrliches Sportgelände. Der Cerkow (1040 Meter), deutsch: Schwarzkoppe, mit vielen Rodelbahnen zum Tal, überragt jenseits der Grenze mit seinem hohen Aussichtsturm die Landschaft. Etwas südlicher liegt im Gebiet des weichgewellten Hohen Bogen die Grenzstadt Furth i. W., an der Hauptlinie Nürnberg—Prag. Diese Stadt des „Drachenstichs" ist zugleich Ausgangspunkt zum Osser und zum Hauptkamm des Bayerwaldes, der sich über den Arber, Rachel, Lusen und Dreisessel bis zur Donau herabzieht.

In seinem nördlichen Teil ist ein ganz besonders gern besuchtes Wintersportgebiet, der „Lamer Winkel". In diesem alpin anmutenden Gebirgstal über dem Weißen Regen wechseln kühne Abfahrten aus steilen, luftigen Höhen mit den sanften Hängen eines erstklassigen Übungsgeländes und beschaulichen Waldwanderpfaden ab. Dazu die ausgezeichnete Rodelbahn vom Osser herab nach Lambach. Über den Hängen am Sommerau steigt, von Lohberg kommend, die prachtvolle neue Scheibenstraße zum Brennessattel herauf, über dem sich „König Arber" erhebt. Zu seinen Füßen liegt windgeschützt der größte Wintersportplatz der Bayerischen Ostmark, das wunderschöne, an Steinach am Brenner erinnernde Eisenstein (724 Meter). Mit seiner Bayerwaldschanze, seinen Rodelbahnen, seinem weiten Übungs- und Tourengelände, seinen erstklassigen Gaststätten, bietet es für Wochen seinen Gästen ein abwechslungsreiches Feld, sowohl Wintersportlern wie auch allen anderen Wanderlustigen. Von hier führen einsame Wege zum Arbersee, zum Rachel, zum Naturschutzgebiet des Urwaldes am Höllbachg'spreng, zum Falkenstein, nach Regenhütte, Zwiesel, Rabenstein und hinüber nach Bodenmais.

Unmöglich alles aufzuzählen, was der „Wald" den Freunden des weißen Sports bietet und denen bieten kann, die seine Freunde werden sollen. Erwähnt sei nur als Stützpunkt für Winterfahrten im südlichen Teil des Bayerischen Waldes, der das schneesicherste Gebiet der ganzen Ostmark ist, das liebliche Grafenau (620 Meter), das sich zu Füßen von Rachel und Lusen an einen langgestreckten nach Süden geöffneten Berghang lehnt. Hier sind die Übungshänge gleich vor den Häusern bereitgestellt und die freien Steilhänge gerichtet. Die neue Sprungschanze liegt nur 10 Minuten vor dem Städtchen, das eine kurze Bahnfahrt mit Zwiesel verbindet. Die Umgebung Grafenaus gehört vielleicht zu den lieblichsten Landstrichen in den weitverzweigten Gauen des Bayerischen Waldes.

Doch wer könnte je auch den Sonnenwald vergessen mit dem Brotjackelriegel, dem Dreitannenriegel, die Vorlandschaft um Gotteszell und Viechtach, das romantische Urstromtal des Schwarzen Regen in der bergig-formenreichen Waldlandschaft? Wer den geologisch so interessanten „Pfahl", diesen Quarzgang von 140 Kilometer Länge, der den ganzen Bayerischen Wald gradlinig durchzieht und hier zutage tritt? Oder Haidmühle und Frauenberg im Dreisesselgebiet, wo Adalbert Stifters Denkmal am Plöckensteinsee steht? Oder die einsame Bergsiedlung Waldhäuser am Lusen, Bischofsreuth, das höchstgelegene Pfarrdorf des Bayerwaldes, oder Frauenau, Freyung und Waldkirchen weiter südlich?

Überall bieten gute, saubere und sehr billige Gaststätten, die zum Teil sogar mit jenem „Komfort" versehen sind, den ein aufstrebendes Fremdenverkehrsgebiet nicht entbehren kann, dem Fremden trefflichste Unterkunft. Gastlich nehmen auch viele behagliche und neuzeitlich eingerichtete Unterkunftshäuser auf den Gipfeln den Winterwanderer auf. Es laden zu längerem Weilen die neue Osserhütte in fast 1300 Meter Höhe, das unter dem 1457 Meter hohen Arbergipfel gelegene Arberschutzhaus, die Chamer Hütte (1162 Meter) am Kleinen Arber, die Kötztinger Hütte (1000 Meter), das neue Falkensteinhaus (1316 Meter), das Landshuter Haus (1080 Meter) auf der Oberbreitnau u. a. m.

Wer einmal hier oben Ferienheimat inmitten des urwüchsigen Waldlervolkes gefunden, wer die weiße Pracht der märchenhaften Bergeinsamkeit im bayerischen Grenzwald erlebt hat, wer einmal von seinen hohen Gipfeldomen hinab ins Böhmerland, zur Alpenkette über der Donau und über die weite, schöne Ostmark geschaut hat, der wird um ein ganz neues Erlebnis reicher heimkehren in den Alltag des lauten Lebens. Wie ein unvergänglicher weißer Traum wird dieser Wald in der Erinnerung stehen bleiben, und man wird sich nach seiner Winterpracht sehnen einen ganzen Sommer lang.

Dr. A. L. von Schellwitz-Ultzen.

(Von derselben Verfasserin stammte auch der in „Ostland" Nr. 2 (1935) veröffentlichte Aufsatz „Skipfade rund um den Herzbrunnen Deutschlands", dessen letzte Zeile durch ein technisches Versehen fortgeblieben ist, sich aber sinngemäß leicht ergänzen läßt.)

# Persönliche Nachrichten.

### Carl Lange 50 Jahre.

In der alten Ordens- und Hansestadt Danzig brachen Deutschtum und deutsche Gesinnung nicht zusammen, als das Schicksal sie vom Reich trennte. Einer von denen, die sofort Hand anlegten, um zu helfen und aufzubauen, war der aus dem Weltkrieg heimgekehrte Major Carl Lange, bekannter Tennismeister übrigens, am 27. Januar 1885 in Berlin geboren. Die „Ostdeutschen Monatshefte", die er schuf, wird man immer nennen müssen, wenn man von der mühevollen Kulturarbeit der Nachkriegszeit in den Ostlanden spricht. Die Zeitschrift und ihr Herausgeber haben eine nationale Sendung erfüllt. Es ging darum, in allen Deutschen das Wissen um die Bedeutung des Ostens und das Gefühl der Verbundenheit mit ihm zu stärken. Die zahllosen Sonderhefte — über Danzig, über Ostpreußen, Masuren, die Grenzmark, die verlorenen und gebliebenen Ostprovinzen und ihre alten Kulturstätten, über die Ostsee, das Baltenland, Siebenbürgen, über das Deutschtum in Rußland, die Frauen- und Jugendarbeit, über Kunst, Schrifttum und vieles andere — sind Dokumente deutscher Art im gefährdeten umkämpften Raum unserer östlichen Marken. Wir haben im „Ostland" oft auf die Zeitschrift hingewiesen. Auch in vielen Vorträgen, am Rundfunk, in der Presse, in Kalendern und Büchern ist Carl Lange der Herold des Deutschtums an der Grenze geworden. Almanache, das Jahrbuch „Deutscher Geist" und eigene Werke zeugen davon. Wenn man ein besonderes Unternehmen herausstellen darf, dem Carl Langes Liebe gilt, so ist es die Zoppoter Waldoper, die alljährlich von dem Ernst deutschen Kunstwillens auf dem Boden der Freien Stadt zeugt. Bei allem Leid, das ihm das Schicksal zu tragen gab (seine vier Brüder fielen im Krieg!), bleibt er lebenbejahend, gläubig an Volk und Vaterland.

F. L.

### Prof. Ludwig Bernhard †

Der ordentliche Professor der Nationalökonomie an der Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin Ludwig Bernhard ist am 17. Januar im Alter von 60 Jahren gestorben. Er wurde 1875 in Berlin als Sohn eines Fabrikbesitzers geboren, studierte an den Universitäten Berlin und München Volkswirtschaftslehre und Staatswissenschaften sowie an den Technischen Hochschulen der gleichen Städte Maschinenbaukunde. Nach der Erwerbung des nationalökonomischen und des juristischen Doktortitels nahm er 1903 an der Berliner Universität als Privatdozent nationalökonomische Vorlesungen auf. Bereits 1904, also im Alter von erst 29 Jahren, wurde er als Professor an die Akademie in Posen berufen. 1906 ging er als ordentlicher Professor der Staatswissenschaften nach Greifswald und wirkte in gleicher Eigenschaft seit 1907 in Kiel, seit 1909 wieder in Berlin. Mit dem Osten war Prof. Bernhard nicht nur durch seine Posener Tätigkeit, sondern insbesondere durch sein Buch über „Die Polenfrage. Das polnische Gemeinwesen im preußischen Staat" verbunden, ein Werk, das die Frage vor allem der wirtschaftlichen Organisation der Polen in Posen und Westpreußen vor dem Kriege in grundlegender Weise behandelte. Das Buch gehört zu den Standardwerken der vorkriegszeitlichen Ostliteratur.

**Verlag: Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Moßstraße 46 — Fernruf: B 5 Barbarossa 0914 — Postscheckkonto: Berlin 65839.**
**Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau — Druck: Hempel & Co. G.m.b.H., Berlin SW. — F. v. W. g.**